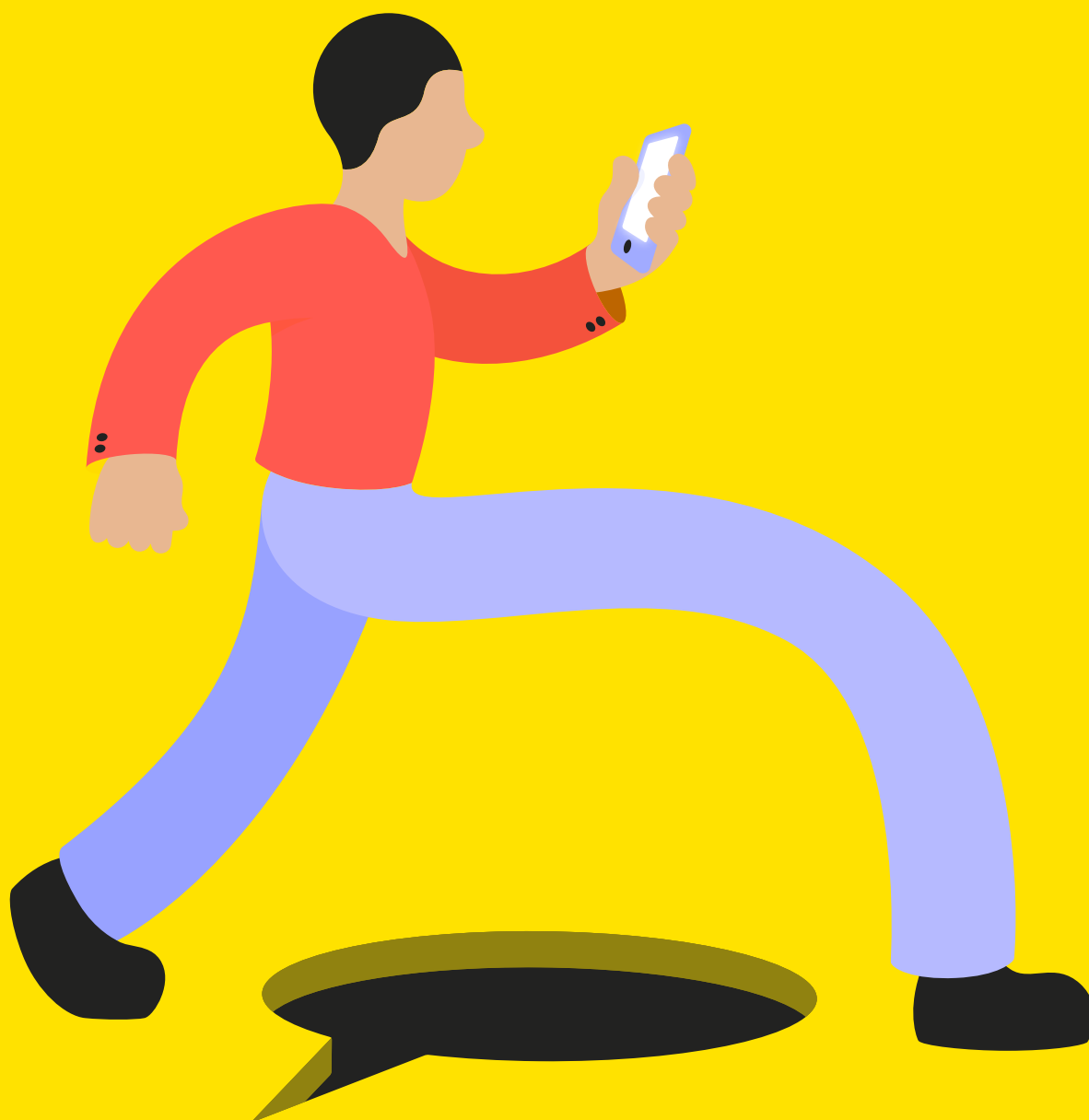




Reichweite und Deliberation in der Bürgerbeteiligung verbinden

Erfahrungen am Beispiel des Projekts
„Forum gegen Fakes“

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

September 2026

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Christian Huesmann

Dr. Angela Jain

Zitationshinweis

Bertelsmann Stiftung (2026). Reichweite und Deliberation verbinden.

Erfahrungen und Grenzen am Beispiel des Projekts „Forum gegen Fakes –

Gemeinsam für eine starke Demokratie“. Gütersloh.

Layout

Markus Diekmann

Bildnachweise

© Francesco Ciccolella / TAU GmbH (Deckblatt und Logo)

© Sebastian Pfütze (Seite 4, 9, 16, 29, 34)

© Stefan Roch (Seite 38)

Reichweite und Deliberation in der Bürgerbeteiligung verbinden

Erfahrungen am Beispiel des Projekts
„Forum gegen Fakes“

Ella Fruchtmann, Christian Huesmann, Angela Jain, Stefan Roch

Das Forum gegen Fakes war ein Projekt der Bertelsmann Stiftung. Sie kooperierte mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat, der Stiftung Mercator und der Michael Otto Foundation for Sustainability. Das Projekt wurde außerdem unterstützt durch das Nachrichtenportal t-online, den Verein Deutschland sicher im Netz e.V., die Initiative #UseTheNews und einen Projektbeirat.

Weitere Mitwirkende waren:

nexus Institut, IFOK GmbH (Moderation Bürgerrat)
Make.org (Online-Beteiligung)
TAU GmbH, Hier Mittenmang GmbH (Kommunikation)
Universität Stuttgart (Evaluation)
Rosenthal Research (Teilnehmenden-Gewinnung)



Inhalt

1. Hintergrund:	
Das Beteiligungsprojekt „Forum gegen Fakes“	6
2. Integrierte Beteiligung –	
die Verbindung von analoger und digitaler Partizipation	10
2.1 Annahmen und Zielsetzungen des integrierten Beteiligungsmodells	10
2.2 Das integrierte Beteiligungsmodell in der Praxis: Rollen und Zusammenspiel	11
2.3 Sichtbarkeit als Gestaltungsprinzip integrierter Beteiligung	14
2.4 Zentrale Ergebnisse des „Forum gegen Fakes“	16
3. Integrierte Beteiligung –	
Learnings aus der Praxis	17
3.1 Breite trifft Tiefe: Online-Beteiligung und Bürgerrat	17
3.2 Kommunikation und öffentliche Resonanz	24
3.3 Anschlussfähigkeit integrierter Beteiligung und Wirkung	31
4. Mehr als ein Modell:	
Integrierte Beteiligung als Lernprozess	36
Literatur	38

1. Hintergrund:

Das Beteiligungsprojekt „Forum gegen Fakes“

Desinformation ist gezielte Falschinformation, die verbreitet wird, um Menschen zu manipulieren und gezielt den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen. Absichtlich falsche oder irreführende Behauptungen sind schnell in Umlauf gebracht und werden oft mit einem Klick ungeprüft geteilt. Das kann in der Gesellschaft zu Verunsicherung führen und den Verlust des Vertrauens in die öffentlichen Institutionen und die Demokratie nach sich ziehen. Dieser Entwicklung trägt das Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ Rechnung. Ziel dieses Projekts war es, mit einem bisher einzigartigen Format der Beteiligung eine bundesweite Debatte zum Umgang mit Desinformation anzustoßen. Dabei sollte gemeinsam mit Bürger:innen ergründet werden, wie der demokratische Dialog im digitalen Raum gestärkt werden kann. Entsprechend war die direkte Beteiligung von möglichst vielen Bürger:innen das Herzstück des Vorhabens. So sollten unter Einbeziehung der breiten Bevölkerung ein besserer Umgang mit Desinformation gefunden und konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik formuliert werden.

Die Bertelsmann Stiftung hat gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), der Stiftung Mercator und der Michael Otto Foundation for Sustainability von Januar 2024 bis September 2024 das Projekt „Forum gegen Fakes“ durchgeführt. Unterstützt wurde das Beteiligungsprojekt durch das Nachrichtenportal t-online, den Verein Deutschland sicher im Netz e. V., die Initiative #UseTheNews sowie einen Projektbeirat. Die Ergebnisse aus dem Prozess sind in einem Bürgergutachten¹ zusammengefasst, welches im September 2024 der damaligen Bundesinnenministerin Nancy Faeser überreicht wurde.

Was verstehen wir unter integrierter Beteiligung?

Integrierte Beteiligung verbindet unterschiedliche Formate so, dass sie inhaltlich ineinandergreifen. Beim „Forum gegen Fakes“ wurden ein deliberativer Bürgerrat, eine offene Online-Beteiligung und begleitende Öffentlichkeitsarbeit kombiniert. So kamen deliberative Tiefe, große Reichweite und öffentliche Sichtbarkeit zusammen.

Am Anfang des Projekts stand die zentrale Annahme: Die Verbindung von deliberativer Vor-Ort-Beteiligung mit breiter digitaler Öffentlichkeitsbeteiligung kann einen echten Mehrwert schaffen. Der Mehrwert dieses Ansatzes liegt in der Verbindung von deliberativer Tiefe und gesellschaftlicher Breite. Während der Bürgerrat einen geschützten Raum für fundierte, informierte und ausgewogene Diskussionen bietet, ermöglicht die digitale Beteiligung die Einbindung einer großen und vielfältigen Öffentlichkeit. Die online eingebrachten Perspektiven erweitern den Diskussionshorizont des Bürgerrats, während dessen Ergebnisse wiederum in die öffentliche Debatte zurückgespielt werden. Auf diese Weise entstehen Ergebnisse, die sowohl qualitativ reflektiert als auch gesellschaftlich anschlussfähig und legitimiert sind. Um die Ziele des Projekts zu erreichen, wurde ein neues Beteiligungsformat entwickelt, das fundierte Diskussionen einer divers zusammengestellten Bürgergruppe mit den Meinungen und Perspektiven einer breiten Öffentlichkeit über digitale Beteiligung kombiniert.

¹ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2024). Forum gegen Fakes – Bürgergutachten zum Umgang mit Desinformation. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/forum-gegen-fakes-buergergutachten-zum-umgang-mit-desinformation> (Download 25.4.2026).

Um die breite Öffentlichkeit zu erreichen, wurden ergänzend klassische und soziale Medien gezielt einbezogen – etwa durch Social-Media-Anzeigen, Newsletter, Verteilerlisten der beteiligten Organisationen sowie Pressearbeit (wie etwa durch den Medienpartner t-online). Durch die Verknüpfung dieser Ebenen – Bürgerrat, Online-Beteiligung und Medien – sollten parallel laufende Diskussionen zusammengeführt und eine öffentliche Debatte angestoßen werden.

Das Konzept beruhte auf der Erkenntnis, dass Fortschritte im Umgang mit Desinformation nur durch gemeinschaftliches Handeln aller gesellschaftlichen Gruppen möglich sind.² Es braucht nicht nur die Expertise von Fachleuten, sondern auch eine Sensibilisierung zum Thema sowie die Ideen, Perspektiven und das Alltagswissen der breiten Bevölkerung bei der Entwicklung von Lösungen. Genau das sollte durch die Kombination eines Bürgerrats mit einer offenen, niedrighschwellig digitalen Beteiligung geschehen.

Im Verlauf des Projekts haben wir wertvolle Erkenntnisse sammeln können, es bleiben allerdings auch offene Fragen: Von der integrativen Verzahnung der Beteiligungsformate über die erfolgreiche Kommunikation von Beteiligungsoptionen oder der empirischen Nachverfolgung politischer Wirkung. Das vorliegende Diskussionspapier beschäftigt sich mit den wichtigsten Aspekten für die Weiterentwicklung integrierter Bürgerbeteiligung.

Wir sind überzeugt, dass nicht nur das Thema Desinformation von dieser Form breiter Beteiligung profitieren kann. Für konfliktrträchtige und potenziell polarisierende Politikentscheidungen, von denen Bürger:innen stark betroffen sind, braucht es sowohl einen breiten öffentlichen Diskurs als auch fundierte Deliberation als Beitrag zur Lösungsfindung. Die Erfahrungen aus dem „Forum gegen Fakes“ können künftig helfen, dies zu ermöglichen.

Projektsteckbrief

Das „Forum gegen Fakes“ – Gemeinsam für eine starke Demokratie

INITIATOR

- Bertelsmann Stiftung

IN KOOPERATION MIT

- Bundesministerium des Innern und für Heimat
- Michael Otto Foundation for Sustainability
- Stiftung Mercator

Unter Mitarbeit von:

- Nexus Institut
- IFOK GmbH (Moderation Bürgerrat)
- Make.org (Online-Beteiligung)
- TAU GmbH & Hier Mittenmang GmbH (Kommunikation)
- Universität Stuttgart (Evaluation)
- Rosenthal Research (Teilnehmenden-Gewinnung)

2 Vgl. Unzicker, Kai (2023). *Disinformation: A Challenge für Democracy. Attitudes and Perceptions in Europe*. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

THEMA

- Deutschlandweites Beteiligungsprojekt zum Umgang mit Desinformation
- „Fakes und Manipulation von Informationen – Wie können wir uns und unsere Demokratie schützen?“

HINTERGRÜNDE

- Die Manipulation und Verbreitung von Falschinformationen stellen eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar.
- Dies kann zu einem Verlust des Vertrauens in staatliche Institutionen, Medien und demokratische Meinungsprozesse führen.

ZIELE

- Anstoß einer breiten Debatte zum Thema Desinformation
- Erarbeitung von konkreten Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Desinformation für Politik und Stakeholder
- Erprobung der Kombination von Bürgerrat und Massenbeteiligung

ZEITRAUM

- Gesamtprozess: 01/24 – 09/24
- Bürgerrat: 03/24 – 05/24
- Online-Beteiligung: 01/24 – 07/24
- Bürgergutachten: 09/2024 (Übergabe)

PROZESSBAUSTEINE

- Mehrstufige Online-Beteiligung
- Bürgerrat-Tagungen über neun Tage in Präsenz und Online
- Stakeholder- und Expert:innenbeteiligung
- Projektbeirat
- Wissenschaftliche Begleitung

TEILNEHMENDE

- 120 Teilnehmende im Bürgerrat
- 424.000 Online-Teilnehmende

ERGEBNISSE

- Bürgergutachten mit 15 Empfehlungen und 28 konkreten Maßnahmen

WEITERE INFORMATIONEN

- <https://forum-gegen-fakes.de/de/start>



- <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/new-democracy>





2. Integrierte Beteiligung – die Verbindung von analoger und digitaler Partizipation

Das „Forum gegen Fakes“ zeigte, wie verschiedene Beteiligungsformate ineinandergreifen. Das Modellprojekt hatte zum Ziel, einen gesamtgesellschaftlichen Umgang mit Desinformation zu finden. Dafür haben wir einen deliberativen Bürgerrat und eine niedrigschwellige Online-Beteiligung verbunden – und die breite Öffentlichkeit mit Kommunikationsmaßnahmen über das Projekt informiert.

2.1 Annahmen und Zielsetzungen des integrierten Beteiligungsmodells

Bestehende Formate der Bürgerbeteiligung unterscheiden sich in Beteiligungsintensität, Auswahl der Teilnehmenden und Ergebnisform. Oft wird hier noch in Entweder-oder-Kategorien gedacht: online oder face-to-face, kleine Gruppen oder breite, offene Beteiligung, deliberativ oder einfache klickbasierte Online-Beteiligung.

Letztere umfassen etwa Online-Umfragen, Abstimmungen zu vorgegebenen Optionen, Priorisierungen von Maßnahmen per Klick, Kommentarfunktionen auf Beteiligungsplattformen oder interaktive Karten, auf denen Hinweise und Bewertungen abgegeben werden können. Diese Formate sind niedrigschwellig und erreichen viele Menschen – oder auch repräsentative Samples, ermöglichen jedoch meist nur begrenzte Auseinandersetzung mit komplexen Fragestellungen. Unser Beteiligungsansatz überwindet diese Gegensätze, indem er unterschiedliche Formate gezielt kombiniert und ihre jeweiligen Stärken nutzt.

Doch jedes Format hat spezifische Vor- und Nachteile: In Bürgerräten kommt eine per Zufallsauswahl divers zusammengesetzte Gruppe von Menschen

über einen längeren Zeitraum hinweg zusammen und produziert in einem intensiven deliberativen Prozess fundierte Ergebnisse, meist in Form von Empfehlungen. Allerdings werden Bürgerräte durch den geschlossenen und geschützten Raum, den sie bieten, in der Regel von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Trotz hochwertiger Ergebnisse entsteht so kaum politischer Umsetzungsdruck. Zudem neigen Bürgerräte dazu, Diskussionen stark zu kanalisieren, indem sie am Ende ein Themenfeld zu wenigen Empfehlungen zusammenfassen.

Bei dem Format der Online-Beteiligung hingegen wird prinzipiell allen Menschen eine Beteiligung ermöglicht. Dadurch können theoretisch viele Beiträge gesammelt werden – in der Praxis aber nur, wenn das Format auch attraktiv und gut zugänglich gestaltet ist. Attraktivität der Teilnahme hängt dabei von der Relevanz der Frage, aber auch von der Hoffnung auf politische Wirksamkeit ab. Ein zentraler Aspekt, der oft nicht ausreichend beachtet wird, ist dabei die aktivierende Kommunikationsarbeit. Diese ist essenziell um viele Teilnehmende aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Es ist bekannt, dass in offenen Prozessen – vom Town Hall Meeting bis zur Online-Beteiligungsplattform – häufig nur die „üblichen Verdächtigen“ beteiligen, d. h. Gruppen mit den größten strukturellen Ressourcen. Die Aktivierung für eine breite Online-Beteiligung muss also deutlich über diese Gruppen hinaus wirksam werden.

Dies zeigt: Dort, wo kleingruppenbasierte und deliberative Prozesse ihre Schwächen haben, liegen die Stärken breiter Online-Beteiligungen – und umgekehrt. Wir fragten uns, wie sich beide Ansätze so verbinden lassen, dass Vorteile maximiert und Nachteile minimiert werden. Genau diese Überlegungen bildeten die Grundlage für die Methodik der „integrierten Beteiligung“, wie sie im „Forum gegen Fakes“ umgesetzt wurde.

Ziel der Integration war es, fundierte und lösungsorientierte Ergebnisse unter Einbindung der breiten Öffentlichkeit zu produzieren. Der Bürgerrat sollte dabei einer divers zusammengesetzten Gruppe vertiefte Auseinandersetzung ermöglichen. Die Online-Beteiligung sollte wiederum eine größere Öffentlichkeit ansprechen und zugleich die Außenkommunikation stärken und den politischen Druck erhöhen.

2.2 Das integrierte Beteiligungsmodell in der Praxis: Rollen und Zusammenspiel

Durch die Kombination von Deliberation und breiter Online-Beteiligung verändern sich die Rollen der am Prozess Teilnehmenden und die Kommunikationsarbeit bekommt einen erhöhten Stellenwert.

Das im „Forum gegen Fakes“ gewählte Modell baut auf eine iterative Verbindung von Bürgerrat und Online-Beteiligung. Der Gesamtprozess wurde in nachvollziehbare Schritte aufgeteilt, die aufeinander aufbauten (siehe Abbildung 2): In drei Phasen lieferte die Online-Beteiligung gezielten Input an den Bürgerrat, dieser arbeitete aktiv mit diesen Ergebnissen weiter und produzierte am Ende Empfehlungen, welche erneut der Online-Community präsentiert wurden. Dadurch waren beide Prozesse eng miteinander verzahnt. Der große Vorteil lag in der Rollenverteilung und Verbindung beider Formate – sowohl für die Teilnehmenden des Bürgerrats als auch für die der Online-Beteiligung.

Das neue Beteiligungsmodell des „Forum gegen Fakes“ kombinierte eine offene Online-Beteiligung und einen klassischen Bürgerrat. Beide Formate wurden über drei Phasen integriert:

- **Januar – März 2024:** Zunächst wurden in der Online-Beteiligung Themen, Ideen und Vorschläge rund um den Umgang mit Desinformationen gesammelt. Alle Menschen in Deutschland waren eingeladen, sich auf der Beteiligungsplattform zu beteiligen, entweder indem sie selbst Vorschläge formulierten oder die Vorschläge anderer bewerteten. Der Bürgerrat griff diesen Input in seinen ersten Sitzungen auf, legte Themenschwerpunkte fest und erarbeitete erste Ideen.

- **April – Mai 2024:** In der zweiten Phase gaben Online-Teilnehmende Feedback zu den herausgearbeiteten Ideen des Bürgerrats, diese konnten bewertet und auch kommentiert werden. Dieses Feedback diente dem Bürgerrat wiederum als Informationsquelle zur Konkretisierung bzw. Präzisierung der Empfehlungen. Diese wurden in der letzten Präsenzsitzung von allen Bürger:innen verabschiedet.

- **Juni – September 2024:** In der letzten Phase der Online-Beteiligung haben die Teilnehmenden über die finalen Empfehlungen des Bürgerrats abgestimmt und diese priorisiert. Das gemeinsame Ergebnis von allen teilnehmenden Bürger:innen wurde in einem Bürgergutachten zusammengefasst.

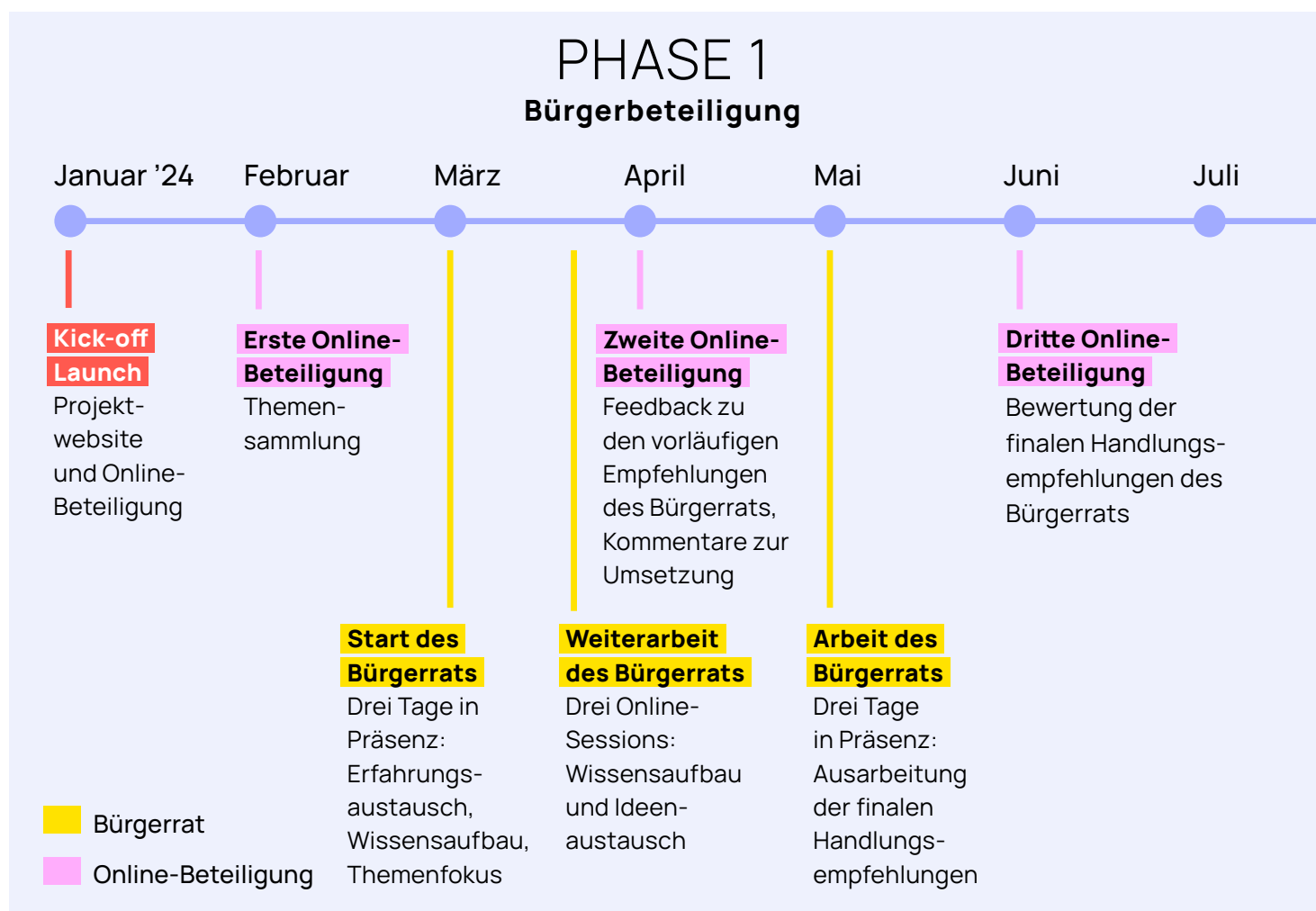
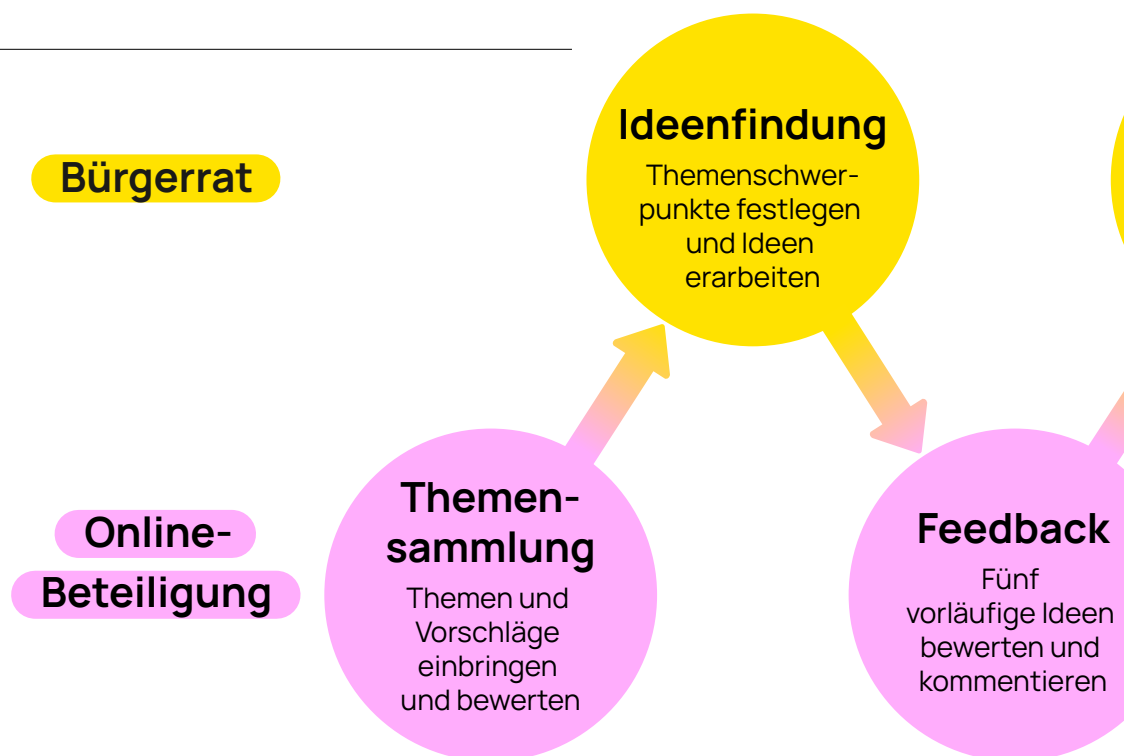
Rollenverteilung im Prozess

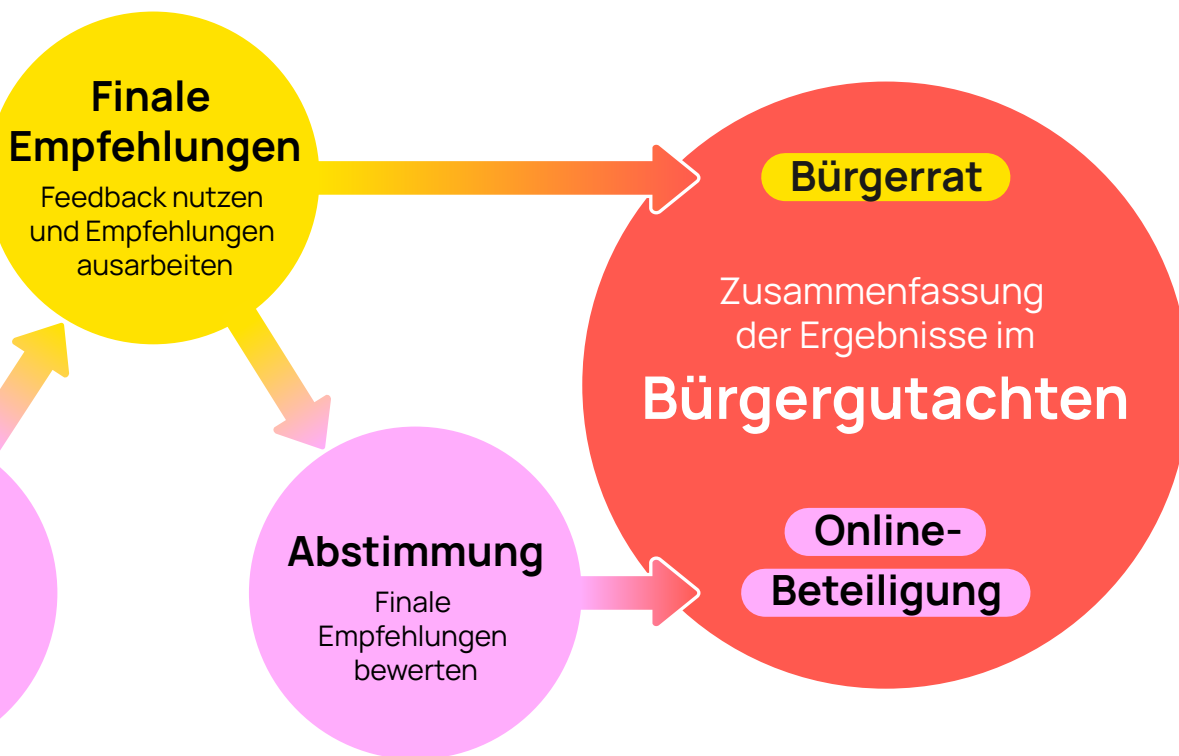
Zur Online-Beteiligung waren alle Menschen in Deutschland aufgerufen, jede:r konnte sich einbringen. Es gab keine Beschränkungen, erforderlich waren jedoch ein Internetzugang und Deutschkenntnisse, da der Prozess in deutscher Sprache durchgeführt wurde.

Um möglichst viele Menschen und somit eine breite Beteiligung zu erreichen, wurde eine Beteiligungsplattform mit einem barrierearmen Zugang und attraktivem Design bereitgestellt. Diese Plattform ermöglichte es Bürger:innen, einfach und anonym ihre Perspektiven einzubringen und so den gesellschaftlichen Umgang mit Desinformation mitzugestalten. Über einen direkten Zugang auf der Projektwebsite oder ein auf anderen Websites eingebettetes Widget konnten sie Empfehlungen anderer bewerten oder eigene Kommentare einbringen. Die Teilnahme war also niedrigschwellig möglich, erforderte keine große zeitliche Investition und konnte auch von Personen mit relativ niedrigen technischen Kenntnissen durchgeführt werden.

Das Widget konnte auf Partner-Websites eingebaut werden, etwa in Artikeln von Online-Zeitungsportalen. So konnten Interessierte teilnehmen, ohne die jeweilige Seite zu verlassen, indem sie Aussagen und Ideen anderer Teilnehmender mit Zustimmung, Ablehnung oder neutral bewerteten. Zum Einbringen eigener Vorschläge war eine Registrierung mit

Ablauf des Prozesses





PHASE 2 Bürgergutachten

August

Erarbeitung des Bürgergutachtens

Zusammenfassung der Ergebnisse des Bürgerrats und der Online-Beteiligung

PHASE 3 Follow-up und Wirkung

September '24

Dialog- veranstaltung

Veröffentlichung und Übergabe des Bürgergutachtens an die Bundesinnenministerin, Diskussion mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

2025

Monitoring Empfehlungen

Weitertragen und Bekanntmachung der Ergebnisse, Monitoring der Prozesse zum Umgang mit den Empfehlungen

Update- Veranstaltung

Stand der Umsetzung der Empfehlungen: Informationen des BMI an den Bürgerrat über Aktivitäten der Bundesregierung und anderer Akteure

E-Mail Adresse notwendig. Die Online-Beteiligung erfüllte die Funktion, die „Weisheit der Vielen“ zu nutzen, um in der ersten Phase das breite Themenfeld „Desinformation“ in Unterthemen zu sortieren und zu priorisieren, in der zweiten Phase dem Bürgerrat Feedback zu geben und in der dritten Phase zu überprüfen, welche Zustimmung die Empfehlungen des Bürgerrats in der breiten Bevölkerung erhalten.

Was ist ein Widget?

Ein Widget ist ein kleines, auf Websites einbettbares digitales Element, das eine einfache und niedrigschwellige Interaktion ermöglicht – etwa Abstimmungen, Kurzumfragen, Bewertungen oder Kommentarfunktionen. Widgets werden häufig in der Bürgerbeteiligung eingesetzt, um viele Menschen unkompliziert einzubeziehen. Sie ergänzen vertiefte Beteiligungsformate, ersetzen diese jedoch nicht.

Im Bürgerrat kamen rund 120 Bürger:innen zusammen. Um in dieser Gruppe „Deutschland im Kleinen“ abzubilden, erfolgte die Kontaktaufnahme nach dem Zufallsprinzip: Alle Bürger:innen in Deutschland hatten über zufällig ausgewählte Telefonnummern die Chance, kontaktiert zu werden und anschließend Interesse an einer Teilnahme anzumelden. Im Gegensatz zur Online-Beteiligung setzt das Format des Bürgerrats gezielt auf eine Gruppe, die die Vielfalt der jeweiligen Gesellschaft anhand definierter Merkmale möglichst gut abbildet. Für die Zusammensetzung des Bürgerrats wurde deshalb aus der Gruppe der Interessierten nach den folgenden Kriterien ausgewählt: Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Migrationshintergrund, regionale Herkunft (alle Bundesländer) und Stadt-Land-Verteilung.

Die Aufgabe des Bürgerrats war es, sich mit dem Thema Desinformation vertieft zu befassen und am Ende eine handhabbare Zahl von Empfehlungen an die Politik zu formulieren. Dazu trafen sich die Teilnehmenden fünf Mal über mehrere Monate, davon zwei Mal vor Ort in Berlin. Bei den Treffen erhielten die Bürger:innen zunächst Informationen und Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis, setzten sich aber auch mit den Ergebnissen aus der Online-Beteiligung auseinander. Sie konnten sich in mode-

tierten Kleingruppen offen austauschen und diskutieren und dabei auch zur Verfügung stehenden Expert:innen Fragen stellen.

In der Kombination brachte somit der Bürgerrat inhaltliche Tiefe und Diversität: 120 Teilnehmende, die die Vielfalt der deutschen Gesellschaft widerspiegeln, erarbeiteten in moderierten Kleingruppen auf Basis des Inputs aus Online-Beteiligung und von Expert:innen fundierte Empfehlungen. Solch eine intensive und diskursive Auseinandersetzung mit einem Thema ist online nicht möglich.

Die Online-Beteiligung hingegen konnte deutlich mehr Menschen einbinden als in einem Bürgerrat Platz gehabt hätten. Im „Forum gegen Fakes“ ist es gelungen, mehr als 420.000 Menschen online zu beteiligen. Sie lieferten aus der Breite der Gesellschaft quantitative Impulse zu den thematischen Schwerpunkten und Prioritäten und gaben Feedback zu den ersten Empfehlungen, ein wichtiger Realitätscheck für den Bürgerrat. Ein weiterer Realitätscheck erfolgte am Schluss durch die Überprüfung der Zustimmungswerte zu den Empfehlungen. So ergänzten sich Online-Beteiligung und Bürgerrat auf produktive Weise.

2.3 Sichtbarkeit als Gestaltungsprinzip integrierter Beteiligung

Ein wichtiges Ziel des Modellprojekts war es, den Diskurs zum Umgang mit Desinformation zu öffnen: Nicht nur Expert:innen und die Politik sollten sich mit Problemstellungen und möglichen Maßnahmen beschäftigen. Die Breite der Gesellschaft war eingeladen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und in der Online-Beteiligung ihre Ideen, Vorschläge und Bedenken einzubringen. Die Öffentlichkeitsarbeit diente also sowohl der Einladung mitzumachen als auch der Sensibilisierung bezüglich des Themas und dem Anstoß eines gesamtgesellschaftlichen Diskurses zum Umgang mit Desinformation.

Zu der breit angelegten Kommunikationsstrategie gehörten bezahlte Anzeigen auf Social Media, Medienpartnerschaften, die gezielte Ansprache von Multiplikator:innen, aber auch Werbematerialien und

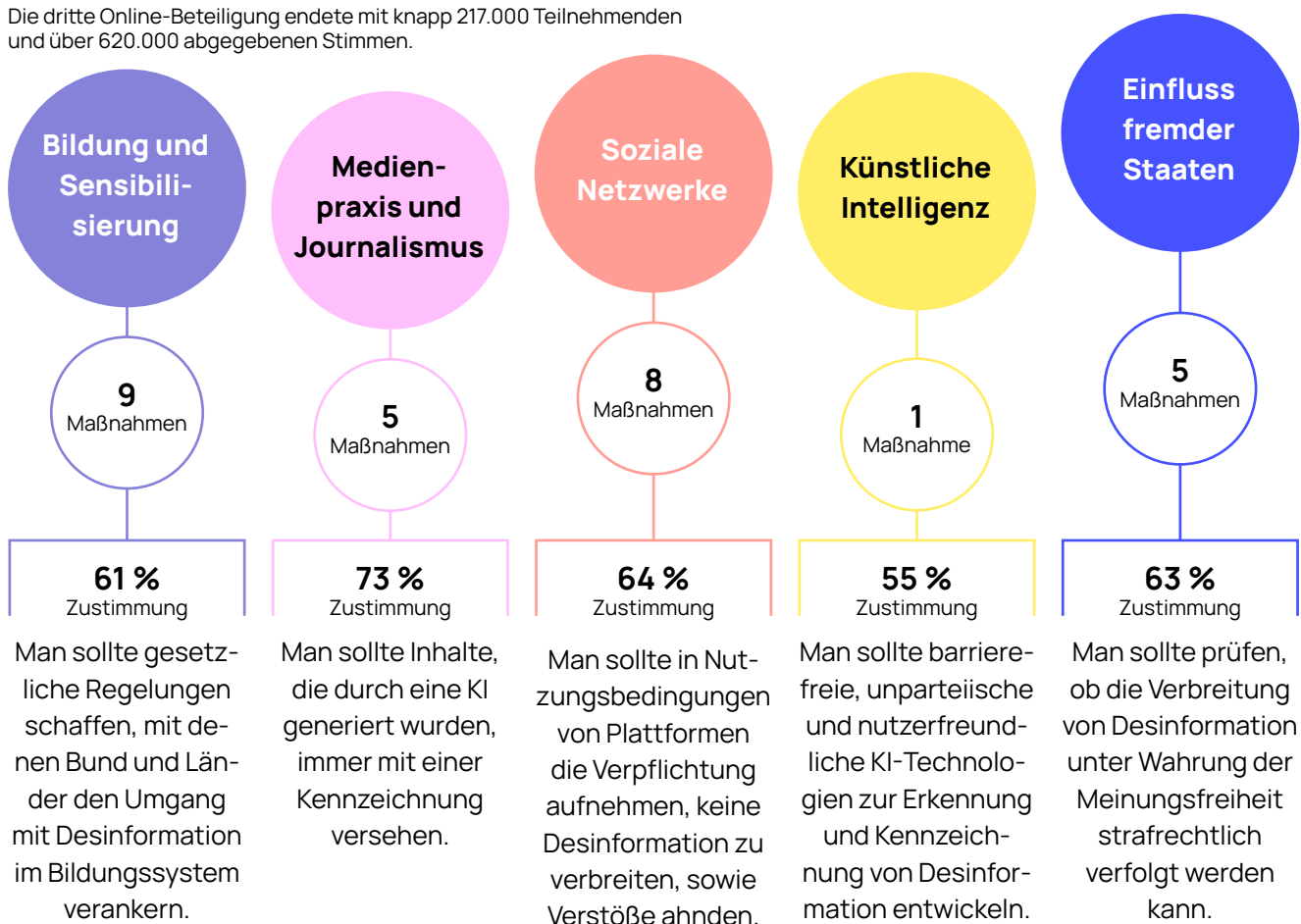
Anzeigen auf Bildschirmen im öffentlichen Raum wie etwa an Bahnhöfen oder in Einkaufszentren. Sprache, Kanäle und Formate wurden auf unterschiedliche Zielgruppen abgestimmt. Eine Kommunikations- und Beteiligungsagentur unterstützte bei der Zielgruppenanalyse, der Anpassung der Kommunikationsmaßnahmen und der Zusammenarbeit mit Multiplikator:innen. Mithilfe der Partnerorganisationen und Multiplikator:innen konnte der Pool an Social-Media-Accounts, E-Mail-Verteilern, Websites und Events, auf denen das „Forum gegen Fakes“ vorgestellt wurde, erweitert werden.

Durch den Aufbau des Prozesses mit mehreren Beteiligungsphasen entstand ein kontinuierlicher Bedarf für Kommunikationsarbeit: Jede Phase wurde durch Pressearbeit, geschaltete Werbung und Kooperationen mit Partnern und Multiplikator:innen beworben.

Das Forum setzte hier insbesondere durch seine breit angelegte Kommunikationsarbeit, neue Maßstäbe: Über 5.500 digitale Werbeflächen an öffentlichen Orten wurden bespielt. Mehr als 1.000 Social-Media-Anzeigen (insbesondere auf Facebook und Instagram) wurden geschaltet. Interaktive Beteiligungs-Widgets in Nachrichtenartikeln auf t-online – eines von Deutschlands reichweitenstärksten Online-Nachrichtenportalen – erreichten ein Millionenpublikum. All dem zugrunde lag zielgruppenspezifische Kommunikationsarbeit, die Botschaften und Kanäle für verschiedene Gruppen aufbereitete und im Laufe des Prozesses den Reaktionen entsprechend anpasste. Diese Maßnahmen führten zu einer beeindruckenden Beteiligung: Über 420.000 individuelle Teilnahmen, mehr als 1,5 Millionen Abstimmungen und über 3.000 Kommentare.

Themenfelder, Anzahl der Maßnahmen und Maßnahmen mit dem höchsten Zustimmungswert in der öffentlichen Online-Beteiligung

Die dritte Online-Beteiligung endete mit knapp 217.000 Teilnehmenden und über 620.000 abgegebenen Stimmen.



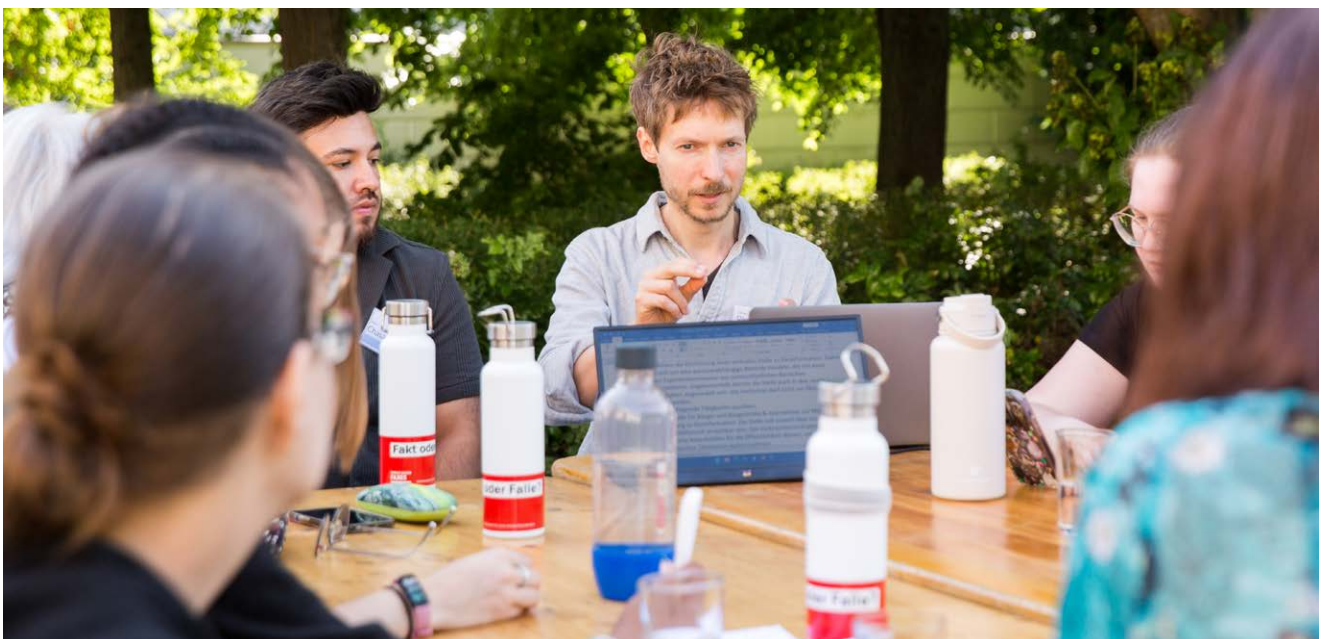
2.4 Zentrale Ergebnisse des „Forum gegen Fakes“

Die 15 Handlungsempfehlungen der online und im Bürgerrat Teilnehmenden wurden in einem Bürgergutachten zusammengefasst. Dieses Gutachten wurde im September 2024 an die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser übergeben und mit Expert:innen, Interessengruppen und Politikern erörtert, unter anderem im Hinblick auf deren Nutzbarkeit für die Strategie der Bundesregierung zum Umgang mit Desinformation. Zu der feierlichen Übergabeveranstaltung waren die Bürger:innen des Bürgerrats eingeladen, ebenso einige interessierte Teilnehmende der Online-Beteiligung.

Die Empfehlungen, die von Medienkompetenz über Standards im Journalismus und in sozialen Netzwerken bis zur Kennzeichnung von KI-Inhalten reichten, richten sich an Verantwortliche aus der Politik, aber auch an Medien, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie Verhaltensweisen von Bürger:innen im digitalen Raum. Das Bürgergutachten ist ein fundiertes und qualitativ hochwertiges Ergebnis, das sich durch ein tiefes Verständnis der Materie auszeichnet und den Umgang mit Desinformation aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Die Qualität des Prozesses wurde unter anderem durch den begleitenden Projektbeirat gesichert und durch die unabhängige Evaluation bestätigt.

Ein wichtiges Ziel des Modellprojekts, hohe Teilnehmendenzahlen in der Online-Beteiligung und damit eine vergleichsweise hohe Sichtbarkeit des Projekts und des Themas „Desinformation“, wurde erreicht: Mit über 1.500.000 Abstimmungen und Beiträgen haben wir gezeigt, dass es mit dem innovativen Modell und einer guten Kommunikationsstrategie möglich ist, viele Menschen anzusprechen und zur Beteiligung zu motivieren. Das Projekt „Forum gegen Fakes“ wurde bei über 40 öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt, einige Bürgerbotschafter:innen trugen mit Presseartikeln sowie Auftritten auf nationalen und internationalen Veranstaltungen zur Sichtbarkeit bei. Flankiert wurde das Projekt durch mehrere Veröffentlichungen, Filme und Pressebeiträge der Bertelsmann Stiftung. Über die Projektwebsite <https://forum-gegen-fakes.de/> wurde beständig Transparenz hinsichtlich des Prozesses, der begleitenden Aktivitäten und der Ergebnisse geschaffen.

Bereits während des laufenden Prozesses einen breit getragenen gesamtgesellschaftlichen Diskurs zum Umgang mit Desinformation anzustoßen, ist hingegen nur bedingt geglückt: Im Zuge der drei Beteiligungsphasen gab es nur vereinzelt Medienbeiträge oder Diskussionen, die nicht durch das Projekt oder die Partnerorganisationen initiiert waren. Erst nach der Vorstellung des Bürgergutachtens wurde über die Ergebnisse auch außerhalb eigener Kanäle in klassischen und sozialen Medien diskutiert.



3. Integrierte Beteiligung – Learnings aus der Praxis

Durch das Projekt konnten wir zahlreiche Erfahrungen gewinnen, die zur Weiterentwicklung von Bürgerbeteiligung beitragen. Insgesamt hat die Integration von Online-Beteiligung und dem klassischen Format des Bürgerrats gezeigt, dass Tiefgang und breite Ansprache aller Bürger:innen zusammen sehr gut funktionieren können. Das integrierte Modell hat die Sicht auf Möglichkeiten und Herausforderungen der Beteiligung geschärft, zum Beispiel hinsichtlich des Zusammenwirkens unterschiedlicher Formate, der Zufallsauswahl oder der Wirksamkeit von Kommunikationsmaßnahmen.

Unsere Learnings und offenen Fragen sind ein Ansatz für die Weiterentwicklung des Modells der integrierten Bürgerbeteiligung. Im Folgenden haben wir die aus unserer Sicht zentralen Punkte analysiert und stellen sie zur Diskussion.

3.1 Breite trifft Tiefe: Online-Beteiligung und Bürgerrat

Online-Beteiligung und Bürgerrat wurden im integrierten Modell „Forum gegen Fakes“ über drei Phasen hinweg miteinander verknüpft:

In der ersten Phase konnten alle Menschen in Deutschland Vorschläge und Ideen zum Umgang mit Desinformation einbringen und über die Vorschläge anderer abstimmen. Dabei kristallisierten sich für das große Thema Desinformation sechs bearbeitbare Themencluster heraus. Dieser Input war die Basis der Arbeit des Bürgerrats, der sich mithilfe von Experteninput vertieft mit den Themen und den Vorschlägen befasste und erste Ideen für Empfehlungen zu Papier brachte.

In der zweiten Phase konnten die Online-Teilnehmenden zu den vorläufigen Empfehlungen Stellung beziehen und diese verfeinern, kritisch kommentieren und bewerten. Dieses Feedback nutzte der Bürgerrat zur Ausarbeitung der finalen Empfehlungen.

Diese konnten in der letzten Phase der Online-Beteiligung priorisiert per Daumen mit Zustimmung, Ablehnung oder einer neutralen Haltung bewertet werden.

Der wechselseitige Austausch zwischen einer breiten Öffentlichkeit und dem deliberativen Bürgerrat verändert die üblichen Abläufe von Beteiligungungsverfahren. Auch die Frage, worauf sich die Legitimität der Ergebnisse stützt, stellt sich neu. Für die Weiterentwicklung integrierter Verfahren bleibt zu klären: Wie können Online-Teilnehmende stärker in den Gesamtprozess eingebunden werden? Und wie kann ihr Beitrag sichtbarer gemacht werden?

Erhöhte Legitimation durch Zusammenspiel unterschiedlicher Beteiligungsformate

Im integrierten Beteiligungsmodell des „Forum gegen Fakes“ trafen zwei grundsätzlich unterschiedliche Modi von Beteiligung mit verschiedenen Handlungsansätzen und Legitimationsbegründungen aufeinander.

Online-Verfahren zielen auf die möglichst breite, niedrigschwellige Einbindung vieler Bürger:innen und beruhen damit primär auf einem quantitativen und inklusiven Partizipationsverständnis. Die Beteiligung erfolgt dabei meist expressiv und konsultativ; sie dient der Artikulation von Meinungen und Ideen, weniger der wechselseitigen Verständigung oder kollektiven Urteilsbildung.

Demgegenüber sind deliberative Bürgerräte durch vergleichsweise kleine, zufällig ausgewählte und demografisch diverse Gruppen charakterisiert, die auf deliberativer Interaktion, Informationsaustausch und gemeinsamer Urteilsbildung beruhen. Ihre Legitimation speist sich nicht aus der Zahl der Teilnehmenden, sondern aus der Qualität und Fairness des zufallsbasierten, deliberativen Prozesses sowie der epistemischen Güte und Verwertbarkeit der Ergebnisse.

Im Modell des „Forum gegen Fakes“ werden zwei Formen der Beteiligung miteinander verzahnt: die Arbeit des Bürgerrats und die breite Online-Beteiligung. Diese Kombination hat direkte Auswirkungen auf Fragen der Legitimation und Rollenverteilung im Prozess.

In einem phasenbasierten Ablauf greift die Online-Beteiligung an zentralen Stellen in die Arbeit des Bürgerrats ein. Bereits in der ersten Phase beeinflusste sie das Agenda-Setting maßgeblich, indem aus den Beiträgen der Online-Teilnehmenden sechs Themencluster abgeleitet wurden. Dadurch verschiebt sich der Prozess gegenüber klassischen Bürgerräten: Statt einer weitgehend internen Selbststeuerung – bei der typischerweise die initiiierende Institution oder das Projektteam die Themen vorgibt – entsteht eine stärkere Wechselwirkung mit der breiten Öffentlichkeit.

Auch in der zweiten Phase spielte die Online-Beteiligung eine wichtige Rolle. Hier bestand eine gewisse Unsicherheit im Vorfeld: Es war nicht selbstverständlich, ob es sinnvoll ist, die vom Bürgerrat erarbeiteten Empfehlungen von einer großen Zahl nicht vertieft involvierter Bürger:innen kommentieren und bewerten zu lassen. Die Sorge war, dass dies die Qualität der deliberativen Ergebnisse beeinträchtigen könnte. In der Praxis zeigte sich jedoch das Gegenteil: Das Feedback wurde von den Mitgliedern des Bürgerrats überwiegend als bereichernd wahrgenommen und eröffnete zusätzliche Perspektiven, ohne die Qualität der Empfehlungen zu mindern.

Die konkrete Ausgestaltung der Online-Beteiligung unterschied sich dabei deutlich von klassischen Beteiligungsformaten. Die eigens eingerichtete Plattform verzeichnete vergleichsweise geringe Zugriffszahlen. Der Großteil der Beteiligung – über 80 Prozent – erfolgte über ein niedrigschwelliges Widget auf t-online. Viele Teilnehmende nutzten dieses Angebot vermutlich ohne vertiefte Auseinandersetzung mit dem Gesamtprojekt. Genau dies war jedoch konzeptionell beabsichtigt: Bürger:innen sollten sich spontan, ohne Vorwissen und mit geringem Zeitaufwand zu einem gesellschaftlich relevanten Thema äußern können.

Gerade in der Anfangsphase erwies sich dieser Ansatz als vorteilhaft. Die Beiträge waren überwiegend sachlich und respektvoll. In der ersten Online-Beteiligung mussten lediglich rund 20 Prozent der Kommentare moderiert werden – meist aufgrund von Themaverfehlung oder Unverständlichkeit, nicht wegen beleidigender oder hetzerischer Inhalte.

Insgesamt erhielt der Bürgerrat durch die Online-Beteiligung zusätzliche Impulse aus der breiten Gesellschaft. Diese erweiterten die Diskussionen und brachten Erfahrungen, Meinungen und Einschätzungen ein, die über den Kreis der Teilnehmenden hinausgehen. Besonders bei sensiblen Themen wie dem Umgang mit Desinformation – bei denen Spannungen zwischen Rechten und möglichen Pflichten von Bürger:innen sowie privatwirtschaftlichen Plattformbetreibern entstehen können – ist diese Perspektivenvielfalt ein zentraler Vorteil.

Die finalen Ergebnisse sind somit gemeinsame Handlungsempfehlungen, die aus dem Zusammenspiel beider Formate hervorgegangen sind. Gerade diese integrierte Entstehung trägt dazu bei, dass die Ergebnisse eine erhöhte Legitimation beanspruchen können.

Learnings

- Der Input so vieler Teilnehmender über die verschiedenen Phasen erhöht die Legitimation der Bürgerempfehlungen. Zusätzlich zu der prozessualen Legitimation des Bürgerrats durch deliberative Standards und der Diversität der Teilnehmenden können die Ergebnisse im integrierten Modell von der Legitimation durch hohe Teilnehmendenzahlen aus der Online-Beteiligung profitieren.
- Ernst gemeinte Online-Beteiligung kann auch dazu beitragen, das Vertrauen in die Politik bzw. Demokratie zu stärken.^a Dass das funktioniert, haben die bei den zur Abschlussveranstaltung eingeladenen Online-Beteiligten unter Beweis gestellt.

a Siehe OECD (2024). Survey on Drivers of Trust in Public Institutions. Building Trust in a Complex Policy Environment. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/9a20554b-en> (Download 28.4.2026) und Baden-Württemberg Staatsministerium (2025). „Vertrauen in Demokratie in Baden-Württemberg hoch“. Pressemitteilung. 2.11.2025. <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/vertrauen-in-demokratie-in-baden-wuerttemberg-hoch> (Download 28.4.2026).

Denkanstoß

Zwischen Laien und Expert:innen

Das kritische Feedback, das die Online-Teilnehmenden in der zweiten Phase in den deliberativen Prozess eingebracht haben, war inhaltlich sehr hochwertig. Hier ist anzunehmen, dass die Grenze zwischen Bürger- und Expertenbeteiligung verschwimmt. Diese Tendenz könnte offensiver angegangen und genutzt werden: So könnte über eine Selbsteinschätzung auf der Online-Beteiligungsplattform gezielt nach Bürger:innen und Expert:innen unterschieden und dadurch klarer herausgestellt werden, welche Vorschläge aus Expertenwissen und welche aus dem Alltagswissen von Bürger:innen in die Beteiligung einfließen.

- Wie müsste eine Plattform aussehen, die sich spezifisch an Expert:innen richtet?
- Wer gilt als Expertin bzw. Experte? Wird dieser Begriff über den beruflichen Status definiert?
- Wie können Expert:innen sich für die Teilnahme als solche ausweisen? Sollten sie sich mit ihren institutionellen E-Mail-Adressen registrieren müssen?

Wer hat das letzte Wort – Bürgerrat oder Online-Beteiligung?

Die Legitimation der Ergebnisse erhöht sich durch die Integration der zwei Beteiligungsformate, ihre jeweiligen Legitimationsformen ergänzen sich. Doch welches Format genießt letztendlich die höhere Legitimation – und sollte das letzte Wort über die Empfehlungen haben? Diese Frage entscheidet auch darüber, wer als Absender:in der Empfehlungen gilt – sind es die 130 namentlich bekannten Bürgerräte, oder sind es tausende Beteiligte einer Online-Abstimmung?

Das Ende eines Bürgerrats ist in der Regel durch eine gemeinsame Abstimmung geprägt, die der Vergemeinschaftung der Ergebnisse dient. Eine zusätzliche Abstimmung im Rahmen der Online-Beteiligung lässt sich methodisch nur schwer integrieren, da

sie in Konkurrenz zu den Beschlüssen des Bürgerrats treten könnte. Gleichzeitig ist es für die breite Akzeptanz der Ergebnisse sowie für die politische Wirkung derselbigen hilfreich, dass alle Menschen in Deutschland die Chance haben, die finalen Ergebnisse zu bewerten. Somit stellt sich die Frage, ob und wie ein finales Online-Voting sinnvoll in das Gesamtdesign eingebunden werden kann, ohne den Stellenwert der Bürgerratsentscheidung zu schmälern.

Im „Forum gegen Fakes“ wurde dieser Widerspruch dadurch gelöst, dass die online teilnehmenden Menschen in der dritten Phase der Online-Beteiligung die finalen Maßnahmenvorschläge priorisieren, d. h. bei allen Maßnahmen darüber entscheiden konnten, ob sie dem Vorschlag zustimmen oder nicht. So konnten die Ergebnisse ohne Widerspruch zum Resultat des deliberativen und divers zusammengestellten Bürgerrats von der breiten Öffentlichkeit final bewertet werden.

Learnings

- Die Entscheidung darüber, wer „das letzte Wort“ hat, sollte in jedem Projekt methodisch sorgfältig getroffen werden – denn die Instanz, die Empfehlungen verabschiedet, muss eine hohe Legitimität genießen. Beim Bürgerrat wird diese durch die Zufallsauswahl und die Diversität der Teilnehmenden hergestellt; zugleich wird durch begleitende Informations- und Lernformate sichergestellt, dass die Teilnehmenden über ausreichend Wissen verfügen, um fundierte Empfehlungen formulieren zu können. Bei der Online-Beteiligung hingegen bleibt die genaue Zusammensetzung der Teilnehmenden unklar, auch wenn hier gezielt Vielfalt angestrebt wurde. Eine Möglichkeit besteht darin, die offizielle Verabschiedung der Ergebnisse um eine vorgelagerte Priorisierung durch die Online-Beteiligung zu ergänzen, wie es etwa im „Forum gegen Fakes“ umgesetzt wurde.
- Andererseits zeigte die abschließende Online-Abstimmung, dass es zwar nur begrenzte Einblicke in die Zusammensetzung und den Wissensstand der Online-Teilnehmenden gab, dennoch aber eine bemerkenswert hohe Übereinstimmung im Ranking der Empfehlungen bestand.

Denkanstoß

Alternative Rollenverteilungen

In der Abwägung der Rollenverteilung zwischen der Online-Beteiligung und dem Bürgerrat sind verschiedene Gewichtungen möglich. Für die Zukunft könnte eine diskursivere und inhaltlich tiefere Online-Beteiligung das Ziel sein. Auch ist eine gemeinsame Abstimmung mit den Teilnehmenden des Bürgerrats gut vorstellbar, doch diese müsste technisch reibungslos umgesetzt werden können – hier bestehen allerdings organisatorische und technische Hürden.

Grenzen klassischer Zufallsauswahl und alternative Rekrutierungsansätze

Der Bürgerrat als etabliertes demokratisches Beteiligungsinstrument basiert auf einer diversen Zusammensetzung der Teilnehmenden: Nur wenn diese ein Spiegel der Gesellschaft sind, die sie abbilden sollen, können die Ergebnisse Legitimität genießen. Um diese Zusammensetzung zu gewährleisten, gibt es verschiedene gut erforschte Instrumente für die Zufallsauswahl.

Im „Forum gegen Fakes“ fiel die Entscheidung zugunsten einer telefonischen Kontaktaufnahme, für die zufällig generierte sowie aus Marktforschungsdatenbanken gewonnene Telefonnummern genutzt wurden. Bei Interesse konnten Bürger:innen sich registrieren und wurden dann anhand der festgelegten Diversitätskriterien auf die verfügbaren Plätze verteilt.

Die erste vorläufige Erkenntnis aus diesem Vorgehen war, dass die telefonische Kontaktaufnahme mit zufällig generierten Telefonnummern nicht mehr ausreichend funktioniert: Die Kontaktierten gehen nicht ans Telefon, sie brechen das Telefonat ab oder sie haben kein Interesse. Während mit einer gewissen Abbruchquote immer zu rechnen ist, zeigt sich hier eine Verhaltensänderung. Mit dieser Methode können aufgrund der hohen Kosten in Zukunft nur bedingt vielfältigen Gruppen erreicht werden. Zudem ist bei telefonischer Ansprache die Qualität der verwendeten Datenbanken mit Hinsicht auf Diversität zunehmend kritisch zu sehen.

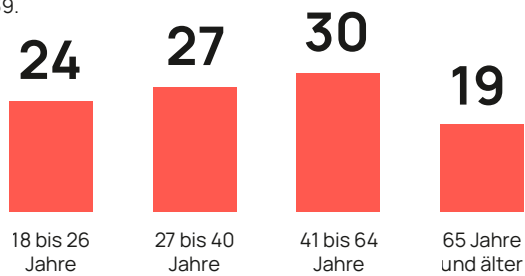
Ursachen dafür könnten in gestiegenem Misstrauen liegen. Interessant aus der Perspektive des „Forum gegen Fakes“: Auch ein höheres Bewusstsein über Desinformation und Scamming könnte zu mehr Telefonabbrüchen führen. Zuletzt liegt es eben auch an einem erhöhten Aufkommen von Scamming-Anrufen, dass die Angerufenen entweder bei unbekannten Nummern nicht ans Telefon gehen oder den Anruf direkt beenden.

Deswegen haben wir zusätzlich Telefonnummern aus Marktforschungsdatenbanken für die Rekrutierung genutzt: Personen haben sich hier aktiv für eine Registrierung in der Datenbank entschieden.

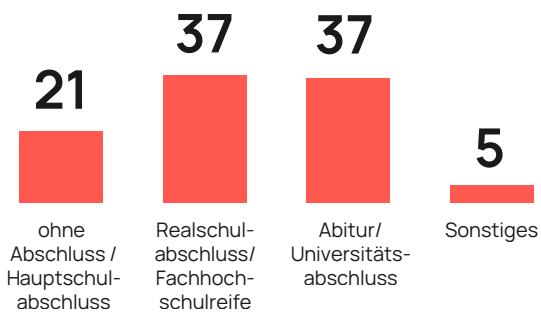
Dadurch konnte im „Forum gegen Fakes“ eine vielfältige Gruppe von Teilnehmenden für den Bürgerrat gewonnen werden konnte.

Alter

Angaben in Prozent.
N = 139.



Bildung



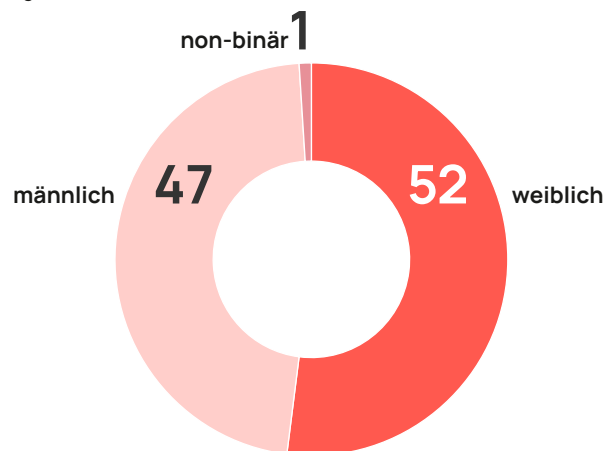
Herkunftsbundesland

Anteil der Bürger:innen, die aus einem bestimmten Bundesland kommen, Anteil in Prozent.
N = 139.



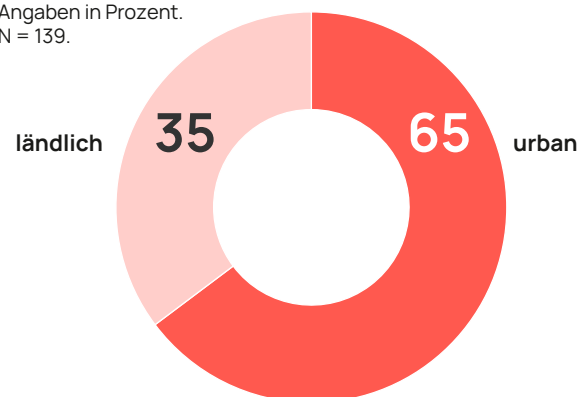
Geschlecht

Zusammensetzung des Bürgerrats nach Geschlecht.
Angaben in Prozent. N = 139.



Wohnort

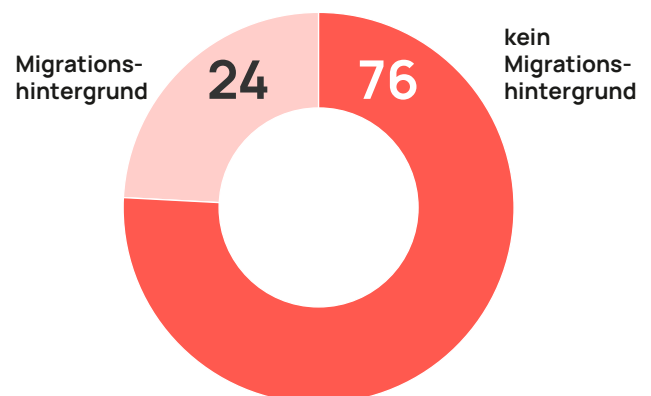
Zusammensetzung des Bürgerrats nach Wohnort in ländlichem oder städtischem Gebiet.
Angaben in Prozent.
N = 139.



urban: Städte mit mehr als 20.000 Einwohnenden;
ländlich: weniger als 20.000 Einwohnende.

Migrationshintergrund

Zusammensetzung des Bürgerrats nach Migrationshintergrund, Angaben in Prozent. N = 139.



Learnings

- Eine frühzeitige, breit angelegte Kommunikationsstrategie kann die Rekrutierung für den Bürgerrat deutlich unterstützen und gleichzeitig Misstrauen oder Betrugsängste reduzieren. Dazu gehört eine leicht auffindbare Projektwebsite mit transparenten Informationen zu Beteiligten sowie idealerweise eine mediale Einordnung durch seriöse, unabhängige Quellen.
- Die telefonische Zufallsauswahl (Random Digit Dialing) stößt aufgrund hoher Abbruchquoten zunehmend an praktische und finanzielle Grenzen. Ergänzend oder alternativ bieten sich andere Zugangswege an, etwa postalische Einladungen oder persönliche Ansprache. Marktdatenbanken können die Rekrutierung erleichtern und helfen, schneller eine diverse Gruppe zu erreichen, bringen jedoch methodische Einschränkungen mit sich, da hier eine Vorauswahl der eingeladenen Bürger:innen in Kauf genommen wird.

Denkanstoß

Ohne Zufall geht es nicht?

Das Kriterium der Zufallsauswahl wird oft als elementar angesehen – jede:r sollte die gleiche Chance haben, für den Bürgerrat ausgewählt zu werden, und die Teilnehmenden sollten ein Spiegelbild der Gesellschaft sein. Hierbei geht es auch um die Legitimität der Ergebnisse. Doch die Zufallsauswahl ist im integrierten Beteiligungsmodell nicht die einzige Möglichkeit, Diversität und Legitimität zu erreichen:

- Die Grundgesamtheit für das anschließende Sampling nach Diversitätskriterien kann mit anderen Werkzeugen besser erreicht werden – zum Beispiel durch die Nutzung von Telefonnummern aus Marktdatenbanken. Außerdem: Solange Beteiligung freiwillig ist, werden grundsätzlich eher Menschen mit mehr frei verfügbarer Zeit und höherer Ausbildung einer Teilnahme am Bürgerrat zusagen. Der frühzeitige Hinweis auf die Online-Beteiligung eröffnet hier zusätzliche barrierearme Beteiligungsmöglichkeiten.
- Die Teilnahme sehr vieler Menschen an der Online-Beteiligung trägt im integrierten Beteiligungsmodell zur Legitimität der Ergebnisse bei. Auch wenn nicht jede:r am Bürgerrat teilnehmen kann, steht dieser Beteiligungsweg allen offen. Dies ist kongruent zum Hauptargument der Zufallsauswahl – es kann jede:n treffen/es kann jede:r teilnehmen. Die Empfehlungen werden letztendlich von einer deutlich breiteren Basis getragen.

Diversität in der Bürgerbeteiligung und im integrierten Beteiligungsmodell

In der politischen Beteiligung meint Diversität die Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven durch Menschen mit vielfältigen Lebenserfahrungen, etwa hinsichtlich Alter, Geschlecht oder Diskriminierungserfahrungen. Die Annahme ist, dass diese Erfahrungen zu unterschiedlichen Meinungspositionen führen, was für die Deliberation im Bürgerrat zentral ist und demokratische Inklusion stärkt.

Zugleich ist es problematisch, wenn Personen aufgrund bestimmter Merkmale als Vertreter:innen ganzer Gruppen verstanden werden. Zudem erfordert die Auswahl von Diversitätskriterien Priorisierungen, die bestehende Machtdynamiken verfestigen können.

Das integrierte Modell erhöht Diversität, indem es unterschiedliche Beteiligungsformen kombiniert: Quoten im Bürgerrat und breite Meinungsvielfalt durch Online-Beteiligung.

Digitale Beteiligung zwischen Niedrigschwelligkeit und Informationsinteresse

Ein grundsätzliches Ziel von Online-Beteiligung ist Niedrigschwelligkeit: Jede:r soll einfach mitmachen können. Das bedeutet, dass technische Hürden möglichst gering und das Design ansprechend und klar sein müssen. Es ist bekannt, dass jeder zusätzliche „Klick“ im heutigen Medienkonsum eine Hürde darstellt, die dazu führt, dass Interessierte den Prozess abbrechen. Die Teilnahme muss daher unmittelbar möglich sein – ein Grund, warum das Widget eine so wichtige Bereicherung der Online-Beteiligung darstellte.

Diesen Überlegungen steht allerdings entgegen, dass die Legitimation eines Prozesses auch darin besteht zu wissen: Wer macht bei der Online-Beteiligung mit? Wen erreichen wir (noch nicht)? Die Antworten auf diese Fragen sind essenziell, um die Kommunikationsaktivitäten während des laufenden Beteiligungsprozesses anpassen zu können, um so eine höhere Diversität erreichen zu können. Doch

wie können diese Informationen abgefragt werden, ohne Teilnehmende abzuschrecken und die Beteiligung weniger niedrigschwellig zu machen?

In der Online-Beteiligung des „Forum gegen Fakes“ wurde ein Mittelweg zwischen Informationsabfrage, Registrierungsanforderungen und Niedrigschwelligkeit angestrebt. Abstimmungen per Daumen waren ohne Registrierung möglich, über das eingebettete Widget sogar ohne das Aufrufen einer separaten Website. Nach mehreren Abstimmungen wurde den Teilnehmenden eine Abfrage zu soziodemografischen Merkmalen und politischen Einstellungen angezeigt, die optional übersprungen werden konnte. Für das Einreichen von Vorschlägen in der ersten sowie für das Kommentieren der Empfehlungen des Bürgerrats in der zweiten Online-Beteiligungsphase war eine Registrierung erforderlich. Diese war bewusst niedrigschwellig gestaltet und beschränkte sich auf die Angabe einer E-Mail-Adresse; die Nutzung von Klarnamen oder weitere Angaben waren nicht erforderlich.

Die Erhebung ausgewählter Informationen ermöglichte eine grobe Einschätzung der Zusammensetzung der Online-Teilnehmenden. So beteiligten sich beispielsweise jüngere Frauen seltener, während ältere Männer überproportional vertreten waren. Diese Erkenntnisse konnten zur gezielten Anpassung der Kommunikationsmaßnahmen genutzt werden, indem zum Beispiel auf Social Media und mithilfe von Multiplikator:innen gezielt jüngere, weibliche Zielgruppen angesprochen wurden. Zugleich zeigten die Beteiligungszahlen, dass die Hürden für eine Teilnahme insgesamt niedrig genug waren, um eine breite Beteiligung zu ermöglichen.

Im Vergleich zu den einfachen Abstimmungen anhand von Likes beteiligten sich deutlich weniger Personen an der Erstellung eigener inhaltlicher Beiträge. Dies lässt sich unter anderem auf die zusätzliche Registrierungshürde sowie darauf zurückführen, dass das Einreichen von Vorschlägen und Feedback nicht über das Widget möglich war. Die Auswertung der eingegangenen Beiträge zeigt jedoch, dass ein breites Spektrum an Meinungen und Perspektiven vertreten war und somit die Vielfalt der Vorschläge ausreichend erschien, um die Breite der Gesellschaft abzubilden und aussagekräftige Abstimmungen zu ermöglichen.

Learnings

- In Online-Beteiligungsprozessen lässt sich der Anspruch einer hohen Diversität nur schwer einlösen, da – im Gegensatz zum Bürgerrat – Informationen über die Teilnehmenden fehlen. Der Fokus wurde im „Forum gegen Fakes“ daher vor allem auf eine hohe Teilnehmendenzahl gelegt, in der Annahme, dass darüber eine Perspektivenvielfalt zustande kommt. Der gewählte Mittelweg zwischen Niedrigschwelligkeit und Informationen über die Teilnehmenden hat ausgereicht, um eine grobe Einschätzung zu den Online-Beteiligten zu erhalten und die Ansprache steuern zu können. Eine Abwägung zwischen zugänglicher, einfacher und schneller Beteiligung auf der einen Seite und dem Bedarf nach Informationen über die Teilnehmenden auf der anderen muss jedoch in jedem Projekt individuell getroffen werden.
- Entscheidend ist zudem eine transparente Kommunikation: Es sollte klar benannt werden, wofür die jeweiligen Beteiligungsformate stehen – der Bürgerrat für eine gezielt hergestellte Diversität, die Online-Beteiligung für eine offene Teilnahme für alle –, und ebenso, welche Aussagen sich über die Zusammensetzung der Gruppen treffen lassen und wo Wissenslücken bestehen.

Denkanstoß

Grenzen der Tiefe in der Online-Beteiligung

Mit der Online-Beteiligung konnten wir viele Menschen erreichen und eine niedrigschwellige Teilnahme ermöglichen. Die meisten Teilnehmenden setzten sich jedoch nur oberflächlich mit dem Projekt und dem Thema Desinformation auseinander.

Die Frage ist, ob und wie sich breite Online-Beteiligung mit mehr inhaltlicher Tiefe verbinden lässt. Das wirft mehrere Fragen auf: Eignet sich eine bestehende Plattform wie das „Forum gegen Fakes“ dafür oder braucht es technisch anders gestaltete Formate, die mehr Austausch ermöglichen? Welche Kommunikations- und Rekrutierungsstrategien sind notwendig, wenn höhere Anforderungen, zum Beispiel mehr investierte Zeit, an die Teilnehmenden gestellt werden? Und welche Themen eignen sich überhaupt für eine vertiefte Beteiligung – insbesondere vor dem Hintergrund, dass Themen wie Desinformation komplex und teils sehr technisch sind?

3.2 Kommunikation und öffentliche Resonanz

Eine erfolgreiche Online-Beteiligung benötigt gute Kommunikation und die dazu erforderlichen Ressourcen, sie schafft im Idealfall aber auch Sichtbarkeit für das Thema. Ein zentrales Anliegen des „Forum gegen Fakes“ war von Beginn an, über die Online-Beteiligungsplattform möglichst viele Bürger:innen Deutschlands in eine öffentliche Debatte zu Desinformation einzubeziehen. Kernstück war die offene Online-Beteiligung, flankiert durch ein breit angelegtes Kommunikationskonzept, das auf Me-

dienpartnerschaften und zielgruppenspezifische Social-Media-Ansprache setzte und durch die Partner und viele Multiplikator:innen unterstützt wurde.

Die größte Herausforderung und Frage, die es zu beantworten galt, war: Wie kann eine aktivierende Kommunikation von Beteiligungsverfahren gelingen? Wie kann die Breite der Gesellschaft angesprochen werden? Was können Organisator:innen tun, um einerseits einen öffentlichen Diskurs zu fördern und gleichzeitig den Empörungsdynamiken von Social Media entgegenzutreten und stattdessen einen konstruktiven Austausch fördern?

Die Online-Beteiligung in Zahlen



3

Online-Beteiligungsphasen



3.314

Vorschläge wurden eingereicht



423.992

Teilnahmen gab es an den drei Online-Beteiligungen



1.509.720

Abstimmungen wurden von den Teilnehmenden eingebracht

Die Öffentlichkeitskampagne in Zahlen



5.500

digitale Screens in ganz Deutschland, über die die Kampagne ausgespielt wurde



1.000

Anzeigen geschaltet auf den Plattformen Instagram und Facebook



140

Zeichen standen Online-Teilnehmenden vom 24.01. bis 01.04.2024 zur Verfügung um Vorschläge einzubringen. Über ein Widget wurden die Vorschläge in zahllosen Artikeln im Politikressort von t-online.de geteilt und zur Abstimmung gestellt

Quelle: „Forum gegen Fakes“

Aufmerksamkeit steuern: Zielgruppenspezifische Kommunikation als Erfolgsfaktor

Grundsätzlich bedarf jedes Beteiligungsprojekt guter Kommunikation. Im integrierten Beteiligungsmodell des „Forum gegen Fakes“ entstanden durch die doppelte Zielstellung besondere Chancen und Herausforderungen. Das Ziel war einerseits, möglichst viele Menschen zur Teilnahme an der Online-Beteiligung zu bewegen, und andererseits, auch außerhalb der projekteigenen Websites, der Beteiligungsplattform und Social-Media-Accounts einen öffentlichen Diskurs zum Umgang mit Desinformation anzufachen.

Alle Menschen in Deutschland sollten als Betroffene von Desinformation angesprochen werden. Weiterhin war uns ein Ausstrahlen des Projekts auf Expert:innen aus dem Feld der Medienbildung, der digitalen Sicherheit und der Desinformation wichtig. Und nicht zuletzt sollte die klassische Presse das Thema aufgreifen und erörtern.

Durch die Nutzung unterschiedlicher Kommunikationskanäle sowie die Verbreitung über verschiedenartige Multiplikator:innen wurde daher in der Ansprache versucht, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und damit ein breites Meinungsspektrum zu erreichen. Als Antwort auf die sehr unterschiedliche Reaktion einzelner Gruppen musste im Prozess nachgesteuert werden. Dabei konnten zum Beispiel gezielte Werbeanzeigen in den sozialen Medien helfen.

Im Vergleich zu anderen Beispielen von Online-Beteiligungsprozessen war die Kommunikationsarbeit für das „Forum gegen Fakes“ äußerst erfolgreich: Es wurden über 420.000 Teilnahmen verzeichnet, über 3.000 Vorschläge und Kommentare eingebracht und 1,5 Millionen Mal über die Vorschläge abgestimmt. Die Integration von Widgets in Social Media und Websites ermöglichte eine direkte Teilnahme, allen voran die Kooperation mit dem Nachrichtenportal t-online sorgte für eine breite Rezeption. Die Zusammenarbeit mit vielen weiteren Partnern und Multi-

pplikator:innen, aber auch die bezahlte Werbung trug darüber hinaus dazu bei, diese große Mengen an Menschen für das komplexe Thema zu gewinnen. Die Ergebnisse trugen ein vielfältiges Meinungsbild aus der breiten Gesellschaft in den Bürgerrat und bereicherten dessen Arbeit.

Auch das Feedback aus der Expert:innen-Community fiel positiv aus. Viele Expert:innen aus unter-

schiedlichsten Organisationen haben den Beteiligungsauftrag des „Forum gegen Fakes“ und auch die Ergebnisse in ihren Kreisen geteilt. Zudem gab es eine hohe Bereitschaft, als Expertin oder Experte an den Sitzungen des Bürgerrats und der Übergabeveranstaltung teilzunehmen. Das ist auch deswegen ein wichtiges Zeichen, da es sich um themenrelevante Akteure handelt, die von den Empfehlungen der Bürger:innen angesprochen wurden.

Learnings

- Kommunikationsarbeit ist aufwendig, aber wirkungsvoll. Kommunikation erfordert Ressourcen für Konzeption, Anpassung und Werbung und ist nicht in jedem Projekt leistbar. Sie lohnt sich jedoch: Über die Online-Beteiligung konnten viele Menschen erreicht werden. Besonders effizient sind Multiplikator:innen, Projektpartner und vor allem Medienpartnerschaften, sofern die Integrität des Beteiligungsprozesses gewahrt bleibt. Der wichtigste Steuerungsmechanismus, um Diversität sicherzustellen, sind möglichst vielfältige Kommunikationskanäle.
- Für das integrierte Beteiligungsmodell ist Sichtbarkeit eine zentrale Voraussetzung. Das integrierte Modell ist auf hohe Sichtbarkeit angewiesen, da es vom Input der Online-Beteiligung lebt. Der Aufruf zur Online-Beteiligung schafft klare Kommunikationsanlässe („Mach mit!“) und ermöglicht die Einbindung von deutlich mehr Menschen als klassische Bürgerräte – erfordert jedoch eine umfassende Kommunikationsstrategie.

Denkanstoß

Bürgerratsteilnehmende als Multiplikator:innen

Eine bisher oft vernachlässigte Chance für die Kommunikationsarbeit in Beteiligungsverfahren ist die Einbeziehung der am Bürgerrat teilnehmenden Bürger:innen als Multiplikator:innen. Diese stellen per Definition eine diverse Gruppe dar. Im „Forum gegen Fakes“ wurden Bürger:innen als „Bürgerbotschafter:innen“ in Kontakt mit lokalen Medien aus ihren Regionen gebracht. Zu diesem Zweck haben sie ein Medientraining erhalten. Auf der EU-Ebene wird bereits versucht, ein Netzwerk aus Bürgerrats-Alumni aufzubauen. Dieses Netzwerk aus Bürgerratsinteressierten ist leicht ansprechbar für Neuigkeiten aus aktuellen Bürgerrät:innen. Als Multiplikator:innen können sowohl ehemalige als auch aktuelle Teilnehmende über ihre privaten Netzwerke diverse Gruppen ansprechen. Ebenfalls sind sie interessante Interviewpartner:innen für Lokalzeitungen.

Zielgruppen gezielt erreichen: Bezahlte Werbung auf Social Media

Die Kommunikationsstrategie im „Forum gegen Fakes“ wollte verschiedene Zielgruppen erreichen und zur Teilnahme motivieren. Dass nicht alle gleichermaßen reagieren, ist grundsätzlich erwartbar. Gute Kommunikation muss dann nachsteuern, zum Beispiel mit bezahlter Werbung auf Social Media. Die Kosten pro erreichte Reaktion (Cost per Akquisition, CPA) schwanken allerdings, weswegen sich ein angepasster Auftritt lohnt:

→ **Wer als Absender der Werbung auftritt, zählt: Je bekannter, desto mehr Reaktionen.**

In unserem Beispiel waren dieselben Anzeigen erfolgreicher, wenn sie im Namen der Bertelsmann Stiftung ausgespielt wurden, als wenn sie von weniger bekannten Partnern kamen.

→ **Die Wahl der richtigen Plattform ist entscheidend.**

Welcher Kanal gut funktioniert, hängt vom Thema und der Zielgruppe ab. Neben der Altersstruktur der Nutzer:innen unterscheiden sich die Plattformen auch darin, wie gezielt sie bestimmte Gruppen erreichen können: Facebook erlaubt eine sehr genaue Ausspielung, bei X (ehemals Twitter) funktioniert das nicht immer.

Ein Sonderfall ist TikTok. Die Plattform ist für junge Menschen relevant, hat allerdings sehr strikte Richtlinien für politische Werbung. Darunter fielen auch Aufrufe zur Teilnahme am „Forum gegen Fakes“.

→ **Visuals und Message müssen passen.**

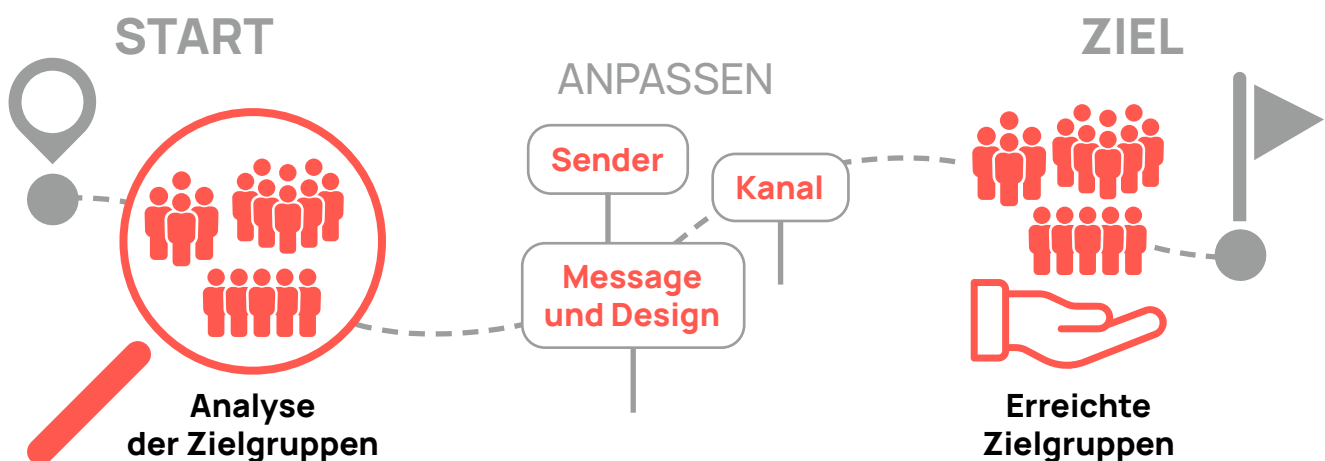
Über die Projektdauer wurden verschiedene Designs getestet, beispielsweise mit unterschiedlichen Fotos und Grafiken. Besonders wirkungsvoll ist es, die Personengruppen abzubilden, die angesprochen werden sollen. Auch der Anzeigentext sollte angepasst werden; wichtig sind die Tonalität, der Inhalt und die Länge des Textes.

Wenn gezielt bisher unterrepräsentierte Gruppen erreicht werden sollen, müssen Werbeanzeigen entsprechend ausgerichtet sein: Der Absender, die Plattform und die Gestaltung der Botschaft spielen eine entscheidende Rolle.

Sichtbarkeit des Bürgerrats schafft Schutzbedarf

Die Abläufe von Bürgerräten sind gut erprobt – doch im integrierten Beteiligungsmodell verändert sich das bekannte Format: Es wird gesellschaftlich stärker sichtbar. Dies gilt für die Ergebnisse der Beteiligung, aber auch der Bürgerrat selbst wird in der Öffentlichkeit intensiver wahrgenommen.

Kommunikationswege zu unterschiedlichen Zielgruppen



Diese Sichtbarkeit hat große Vorteile: Der Prozess wird dadurch transparenter, nicht teilnehmende Bürger:innen können sich mit den Teilnehmenden identifizieren. Diese Identifikation kann zu einer höheren Akzeptanz der Empfehlungen führen. In Anbetracht gesellschaftlicher Polarisierung und der schnell hochkochenden Stimmung auf Social Media müssen Organisator:innen allerdings damit rechnen, dass die nun sichtbareren Bürger:innen nicht nur mit positiven Reaktionen konfrontiert sind.

Zu der breiten Kommunikationsstrategie des „Forum gegen Fakes“ gehörte auch, Teilnehmende des Bürgerrats einzuladen, sich an lokale Medien zu wenden. Das öffentliche Interesse an den Bürger:innen war also intendiert.

Trotzdem hatten alle Teilnehmenden auch die Möglichkeit zu entscheiden, dass sie nicht in der Öffentlichkeit stehen wollen. Zusätzlich haben wir Trainingsmaßnahmen zum Umgang mit den Medien angeboten,

ein externer Experte hat über mehrere Sessions die Fragen der Bürger:innen beantwortet. Ein Beratungsangebot zum Umgang mit negativen Kommentaren und Reaktionen auf das Projekt und den Beitrag der Bürger:innen bot HateAid, eine auf den Umgang mit Hass im Netz spezialisierte Organisation.

Der Bürgerrat im „Forum gegen Fakes“ führte zu erhöhtem Feedback durch die Öffentlichkeit und in verschiedenen Medien: Bürger:innen haben Interviews gegeben, auf Social Media kommentierten Privatpersonen, News-Seiten veröffentlichten Artikel zu den Treffen des Bürgerrats. Viele hatten ein Interesse daran, ihre Arbeit im Bürgerrat nach außen zu vertreten.

Zeitweise führte diese Aufmerksamkeit allerdings auch zu hetzerischen Kommentaren und Reaktionen, die sich insbesondere gegen die Organisator:innen, zum Teil aber auch direkt gegen die Teilnehmenden richteten.

Learnings

In Zeiten zunehmender Polarisierung brauchen Teilnehmende Unterstützung mit einer oft ungewohnten Sichtbarkeit. Gleichzeitig muss die Teilnahme auch für Bürger:innen möglich bleiben, die nicht in der Öffentlichkeit stehen wollen. Bürger:innen, die sich im Rahmen des Projekts im Zentrum der öffentlichen Debatte wiederfinden, sollten bestmöglich von den Organisator:innen geschützt und unterstützt werden: mit präventiven Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre, Angeboten zur Wahrung der Anonymität, mit Beratungs- und Lernangeboten bis hin zur akuten Unterstützung bei digitaler Hetze. Hierbei ist zu beachten:

- Teilnehmende brauchen von Beginn an Wahlmöglichkeiten im Umgang mit ihrer Sichtbarkeit. Sie sollten selbst entscheiden können, ob sie namentlich genannt werden und ob zum Beispiel Bildmaterial von ihnen veröffentlicht wird.
- Viele Bürger:innen haben wenig Erfahrung mit öffentlicher Aufmerksamkeit und Medienkontakt. Freiwillige Medientrainings sind ein wich-

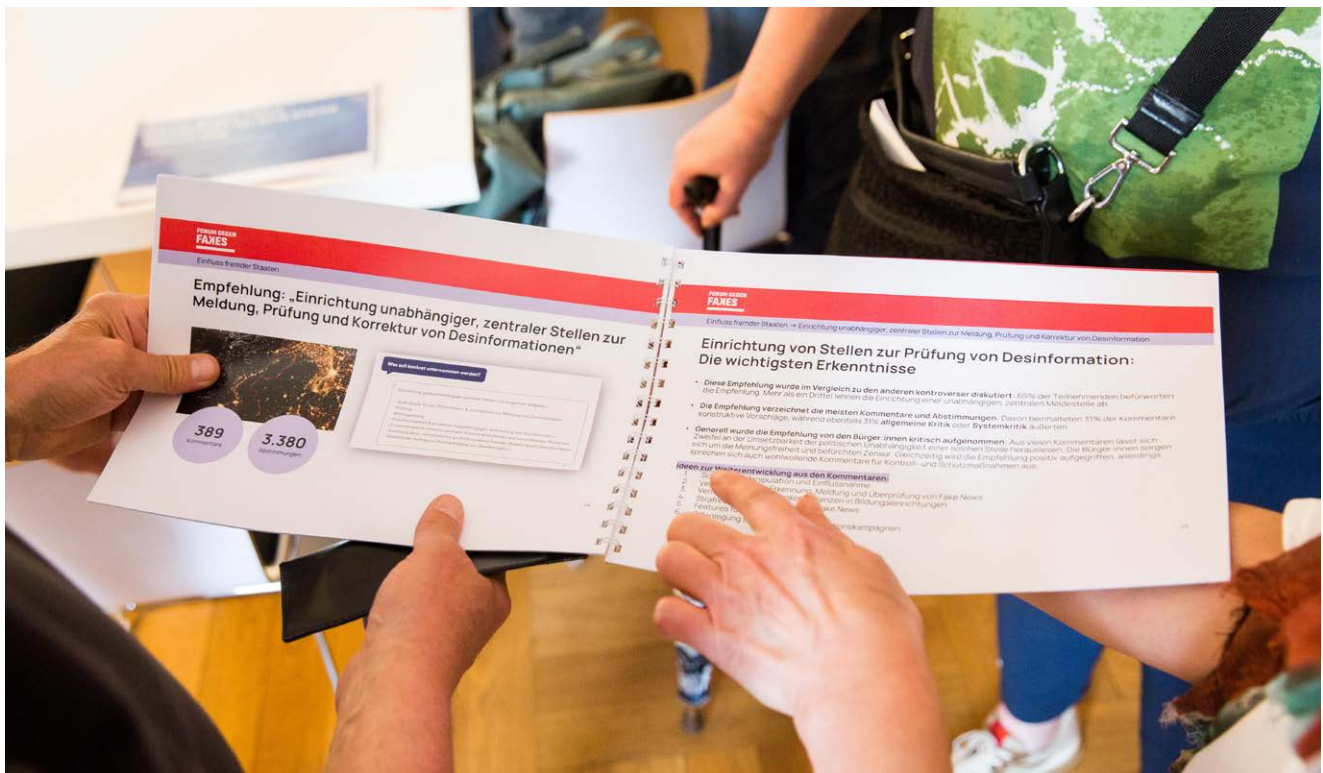
tiger Baustein, um sie auf diese neue Rolle vorzubereiten.

- Für den Umgang mit potenziell belastenden öffentlichen Reaktionen – etwa digitale Hetze – sollten frühzeitig Unterstützungsstrukturen eingeplant werden. Dazu gehören Beratungsangebote sowie die Einbindung externer, unabhängiger Organisationen, die sowohl Teilnehmende als auch Organisator:innen begleiten können.

Denkanstoß

Sichtbarkeit braucht Schutzräume

Die erhöhte öffentliche Sichtbarkeit von Beteiligungsformaten stärkt Transparenz und Reichweite, kann für Teilnehmende aber auch zusätzliche Belastungen mit sich bringen. Diese Risiken sollten nicht unterschätzt werden. Für zukünftige Prozesse bedeutet das: Sichtbarkeit sollte konsequent von Anfang an mit durchdachten Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen verbunden werden – auch zulasten der Sichtbarkeit der Teilnehmenden und damit der Transparenz.



Niedrigschwellige Beteiligung als Chance

In polarisierten Zeiten können bei kontroversen Themen allerdings auch destruktive „Shitstorms“ entstehen, mit denen die Organisatoren umgehen müssen. Die Aktivierung zur Teilnahme am „Forum gegen Fakes“ war mit über 420.000 Teilnehmenden extrem erfolgreich. Dadurch gelang es, innerhalb des Beteiligungsprozesses einen breiten Diskurs über Desinformation anzustoßen. Die gläserne Decke der öffentlichen Wahrnehmung wurde punktuell durchbrochen: Das Thema „Fake News“ spielte in der öffentlichen Berichterstattung durchaus eine wichtige Rolle; das konkrete Beteiligungsprojekt erfuhr in der Medienöffentlichkeit trotz vorhandener Berichterstattung keine flächendeckende Resonanz.

Je nach Prozessphase fielen die Reaktionen zu dem unterschiedlich aus. Obwohl die Online-Beteiligungsplattform öffentlich zugänglich war und eine hohe Zahl an Menschen erreichte, waren die Beiträge in der Online-Beteiligung überwiegend sachlich und konstruktiv.

In der letzten Phase des Projekts änderte sich dies jedoch: Mit der Veröffentlichung des Bürgergutachtens lagen klare Aussagen und Forderungen zu

einem konfliktbehafteten Thema auf dem Tisch. Die Übergabe und Veröffentlichung des Bürgergutachtens mit den Empfehlungen des Bürgerrats markierte einen Wendepunkt in der Rezeption des „Forum gegen Fakes“. Die Resonanz in sozialen und traditionellen Medien veränderte sich deutlich. Innerhalb kürzester Zeit sahen sich die Organisator:innen, aber auch die vorgelegten Empfehlungen, und teilweise auch die teilnehmenden Bürger:innen einer Welle kritischer Kommentare ausgesetzt. Insbesondere mediale Spaltungsunternehmer:innen griffen das Projekt und seine Empfehlungen auf und verbreiteten über soziale Medien negative, teils unsachlich aufhetzende und beleidigende Kommentare.

Thematisch unpassende oder problematische Beiträge auf der Plattform wurden von unserem Moderationsteam versteckt, die Verfasser:innen kontaktiert und aufgefordert, ihre Kommentare entsprechend der Richtlinien zu überarbeiten. Für die Besprechung von Grenzfällen gab es regelmäßigen Austausch im Team. Eine solche Überprüfung ist wichtig, um die Qualität der Online-Beteiligung zu sichern – auf der anderen Seite erscheinen die Vorschläge nicht in Echtzeit und eine Überarbeitung ihrer Beiträge kann Teilnehmende abschrecken.

Learnings

Konstruktive öffentliche Beteiligung ist auch in polarisierten Zeiten möglich, wenn sie niedrigschwellig und thematisch offen gestaltet wird. Die Online-Beteiligung funktionierte insbesondere deshalb, weil ihre Offenheit und Einfachheit anfänglich keine Ansatzpunkte für mögliche „Empörungsunternehmer“ boten. Das lag unter anderem am Design der Plattform, das – im Gegensatz zu Social Media – keine Algorithmen nutzt, die eine starke Emotionalisierung belohnen. Auch gegen Bots war die Plattform weitestgehend geschützt.

Ob auf einer Beteiligungsplattform oder in der Kommentarspalte in den sozialen Medien: Der Umgang mit „Shitstorms“ und thematisch unpassenden Kommentaren kostet Ressourcen. Beiträge müssen überprüft und bei Bedarf versteckt oder gelöscht werden und im besten Falle sollten Teilnehmende zumindest über diese Prozesse informiert werden.

Durch die Nutzung von Widgets, das Vermeiden konfrontativer Zuspitzungen, wie sie oft in sozialen Medien vorkommen, und einer klaren Moderation entstand zwar keine voll umfassende öffentliche Debatte, jedoch ein effektiver und respektvoller Austausch von Meinungen und Ideen.

Diese Methode der Online-Beteiligung ist besonders bei kritischen Themen ein wichtiger Ansatz, um den Dialog offen zu halten – hier geht es nicht darum, wichtige Informationen zu verschweigen, sondern um eine niedrigschwellige Beteiligung, die ein direktes Mitmachen ermöglicht, bevor „Empörungsunternehmer“ Diskurse kapern können.

Denkanstoß

Strategie zum Umgang mit problematischen Kommentaren

Bei Projekten, die auf eine hohe Sichtbarkeit zielen, muss davon ausgegangen werden, dass auch unsachliches Feedback bis hin zu „Shitstorms“ kommen. Es ist sinnvoll, sich frühzeitig mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Eine Strategie zum Umgang mit dieser Art von Kommentaren in der Moderation sollte die folgenden Punkte beinhalten:

- Wo setzen wir die thematischen Grenzen? Ab welchem Grad der thematischen Entfernung werden Kommentare gelöscht? Wo setzen wir die Grenzen der Höflichkeit?
- Wo wollen wir bei Social-Media-Werbung auch Kommentare ermöglichen? Bei geschalteten Anzeigen auf Instagram ist es zum Beispiel möglich, die Kommentarfunktion von Anfang an zu deaktivieren, bei Facebook gibt es diese Funktion leider nicht.
- Welche Möglichkeiten bieten wir Teilnehmenden bei Löschung von Kommentaren oder Beiträgen durch die Moderation? Es ist wichtig, dass Nutzer:innen Kontaktmöglichkeiten haben, bei Online-Beiträgen beispielsweise, indem sie ihren Beitrag umformulieren können.

Hinweise zum Umgang mit unsachlichen Reaktionen können in einer Netiquette zusammengetragen werden, welche transparent auf allen Kanälen veröffentlicht werden sollte. Praktisch ist, dass beim Löschen von Kommentaren auf diese Richtlinien verwiesen werden kann: So können alle nachvollziehen, warum ihre Kommentare nicht mehr verfügbar sind.

3.3 Anschlussfähigkeit integrierter Beteiligung und Wirkung

Das Beteiligungsprojekt „Forum gegen Fakes“ wollte eine breite Debatte über den Umgang mit Desinformation in Deutschland anstoßen, viele Menschen zur aktiven Online-Beteiligung motivieren und nicht zuletzt einen Bürgerrat entsprechend deliberativer Standards umsetzen. Das Ziel war es, ein Bürgergutachten mit von einer breiten Öffentlichkeit getragenen Handlungsempfehlungen an die Politik und weitere Stakeholder zu überreichen. Am Ende sollten Diskussionen und Maßnahmenüberlegungen Beachtung finden. Durch die Kombination verschiedener Beteiligungsformate sollte das integrierte Beteiligungsmodell eine hohe Strahlkraft und Wirkung entfalten: Die hohe Qualität der Ergebnisse einerseits und die Einbindung einer breiten Öffentlichkeit andererseits sollten den Empfehlungen besonderen politischen Nachdruck verleihen.

Mit Blick auf die Sichtbarkeit für das Thema, aber vor allem auf die Anschlussfähigkeit bei der späteren Umsetzung von Maßnahmen wurden bereits während des Prozesses zentrale umsetzungsrelevante Akteure aus insgesamt 114 Organisationen einbezogen. Auch das Fachreferat im Innenministerium brachte regelmäßig den Zwischenstand der Beteiligung in Bund-Länder- und internationale Arbeitsgruppen ein und sensibilisierte damit bereits im Prozess viele relevante Akteure. Die Einbindung so vieler Akteure war der Komplexität der Thematik mit einem großen Spektrum an Subthemen und Zuständigkeiten geschuldet. Um gute Voraussetzungen für Wirksamkeit zu schaffen, wurde die Veranstaltung zur Übergabe des Bürgergutachtens am Ende des Prozesses explizit so angelegt, dass die Teilnehmenden ihre Empfehlungen mit der Bundesinnenministerin sowie mit weiteren umsetzungsrelevanten Stakeholdern aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien diskutieren konnten, etwa Vertreter:innen von Social-Media-Plattformen, Medienanstalten der Länder, Universitäten und Journalistenverbänden. Welche Wirkung und Chancen auf eine Umsetzung sind aber tatsächlich zu erwarten?

Wirkung und Umsetzung von Empfehlungen: Was integrierte Beteiligung leisten kann

Im „Forum gegen Fakes“ sind Empfehlungen mit hoher Relevanz für die politische und gesellschaftli-

che Praxis entstanden. Dies zeigt auch das positive Feedback zivilgesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Akteure. Die Empfehlungen haben damit wichtige Perspektiven von Bürger:innen in die öffentliche und politische Auseinandersetzung mit Desinformation eingebracht.

Dabei lässt sich nur selten eindeutig nachvollziehen, welchen konkreten Einfluss einzelne Empfehlungen auf spätere politische Entscheidungen oder Maßnahmen haben. Politische Prozesse sind vielschichtig und werden von zahlreichen Akteuren, Interessen und Entwicklungen geprägt. Wirkungen von Bürgerbeteiligung entstehen daher in der Regel nicht monokausal. Der angemessene Anspruch eines Beteiligungsverfahrens besteht vielmehr darin, den Bürger eine hörbare Stimme im politischen und gesellschaftlichen Chor zu geben und ihre Perspektiven in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzuspeisen.

Beim „Forum gegen Fakes“ kam hinzu, dass sich der politische Kontext wenige Monate nach der Übergabe des Bürgergutachtens grundlegend veränderte: Vorgezogene Neuwahlen, Koalitionsverhandlungen und die Neuaufstellung des Bundesinnenministeriums unter neuer Führung verschoben Zuständigkeiten und politische Prioritäten. Dies beeinflusste auch die weitere Befassung mit dem Thema Desinformation und den Empfehlungen des Bürgergutachtens.

Die Nachverfolgung der Wirkung wird zudem dadurch anspruchsvoll, dass sich die Empfehlungen an unterschiedliche Adressaten richten. Neben politischen Institutionen sind auch Unternehmen, Zivilgesellschaft und Medien angesprochen. Einzelne Maßnahmen lassen sich deshalb häufig nicht unmittelbar auf das Beteiligungsverfahren zurückführen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Empfehlungen wirkungslos bleiben. Ihr Beitrag kann auch darin bestehen, Themen auf die Agenda zu setzen, bestehende Positionen zu stärken, neue Perspektiven in laufende Debatten einzubringen und späteren Entscheidungen zusätzliche Legitimation und Orientierung zu geben.

Ein Beispiel für die Schwierigkeit der Nachverfolgbarkeit politischer Wirkung, etwa im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung, ist der Auftrag, dass die staatsferne Medienaufsicht aktiv gegen In-

formationsmanipulation und Hass im Netz vorgehen soll. Dies ähnelt in Ton und Inhalt der Empfehlung des „Forum gegen Fakes“, eine zentrale Meldestelle für Desinformation bei den unabhängigen Medienanstalten einzurichten. Jedoch war der Bürgerrat mit dieser Forderung nicht allein. Viele wissenschaftliche Akteure wie NGOs, Institute, Verbände gaben eigene, zum Teil sehr ähnliche Empfehlungen ab. War es also der Vorschlag des „Forum gegen Fakes“, welcher sich im Koalitionsvertrag niederschlug? War es der Einfluss bzw. die zum Teil bestehende Praxis der Medienanstalten? Oder war es das komplexe Zusammenspiel verschiedenster gesellschaftlicher Forderungen und politischer Opportunitäten im konkreten Kontext der Koalitionsverhandlungen? Genau werden wir es nie wissen. Das Beispiel zeigt, wie schwierig es oft ist, die Wirkung von Empfehlungen aus Beteiligungsprozessen realpolitisch einzuordnen.

Um dem zu begegnen, wurden mehrere Maßnahmen vorgesehen, die den am Prozess beteiligten Bürger:innen Einblicke geben und Rückfragen bzw. Diskussionen ermöglichen sollten: Das BMI arbeitete im

Folgeprozess über etwa ein Jahr daran, die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erfassen. In einer Online-Veranstaltung des BMI, zu der alle Teilnehmenden des Bürgerrats eingeladen waren, wurde der Bericht von unterschiedlichen relevanten Akteuren aus dem Ministerium und von Bundeseinrichtungen eingehend vorgestellt und Fragen beantwortet.

Für die Zufriedenheit mit Beteiligungsprozessen ist es essenziell, den Beteiligten einen Einblick zu geben, wo und vom wem im politischen Prozess ihre Empfehlungen gehört wurden und möglichst eine Rückmeldung zu geben, was sie bewirkt haben. Zu diesem Zweck wurde im „Forum gegen Fakes“ ein Follow-up-Prozess angestrebt, um für die beteiligten Bürger:innen möglichst viel Transparenz zu schaffen und das Ministerium bei der Interpretation und Verwertung der Ergebnisse zu unterstützen. Der Follow-up-Prozess bestand aus mehreren Elementen:

1. Dokumentation relevanter Aktivitäten und insbesondere konkret existierender Maßnahmen zum Thema Desinformation auf der Projektwebsite www.forum-gegen-fakes.de.
2. Engagement vieler Bürgerbotschafter:innen, die die Empfehlungen auf eigene Initiative in ihrem Wirkungskreis präsentierten und diskutierten, zum Beispiel mit der Lokalpolitik, in Vereinen oder in Verbänden.
3. Präsentation des Prozesses und der Empfehlungen auf mehr als 30 Fach- und öffentlichen Veranstaltungen durch das Team der Bertelsmann Stiftung.
4. Zur Nachverfolgung von Umsetzungsmaßnahmen zu den einzelnen Empfehlungen arbeitete das Projektteam gemeinsam mit dem BMI eine Monitoring-Tabelle aus, die vom BMI im Anschluss an die Übergabe der Empfehlungen kontinuierlich ausgefüllt wurde (siehe Abbildung).
5. Einladung der Bürgerräte durch das BMI ein Jahr nach der Übergabe der Empfehlungen zu einer Online-Veranstaltung. Das Team der zuständigen Unterabteilung präsentierte dort den Stand der Umsetzung und stellte sich der Diskussion.

Monitoring-Tabelle

Empfehlung des Bürgergutachtens Nr. 11:	Adressat:innen lt. Bürgergutachten:
Einrichtung einer Stabsstelle „Desinformation“ in der Pressestelle des BMI [...]	BMI, alle Medienschaffende
Umsetzung der Empfehlung (Stand 28.01.2026):	Stand der Umsetzung:
Aufbau einer „Zentralen Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation“ (ZEAM) im BMI, diese soll u.a. Einflusskampagnen frühzeitig erkennen, Aktivitäten der Behörden koordinieren und Handlungsempfehlungen für Staat und Gesellschaft entwickeln.	Umsetzung gestartet.

Quelle: „Forum gegen Fakes“

Learnings

- Durch die Zusammenarbeit mit einer breiten Vielzahl an Expert:innen und Akteuren kann eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden: So agieren die Expert:innen, die dem Bürgerrat Input liefern, oft auch als Multiplikator:innen.
- Die frühzeitige und andauernde Einbindung der Adressaten der Empfehlungen wirkt positiv auf die Umsetzung aus: Bei einer Nachbefragung konnte festgestellt werden, dass die Stakeholder die Ergebnisse des Projekts als positiv bewerteten. Die Qualität wurde von diesen als hoch und die Empfehlungen wurden als praxisrelevant eingestuft. Privatwirtschaftliche wie politische Akteure waren außerdem zuversichtlich, dass die Empfehlungen umgesetzt würden.
- Im Follow-up-Prozess braucht es in den Institutionen (in dem Fall im Bundesinnenministerium) eine Ansprechperson, die die Motivation und Kapazität hat, die Empfehlungen intern zu vertreten und das Monitoring zu übernehmen. Im Idealfall gibt es zusätzlich auch eine Hilfestellung von außen, um den Prozess zu strukturieren (z. B. Monitoring-Tabelle) und mit dem Blick von außen Ideen einzubringen und Hilfestellung anzubieten, wie mit den Empfehlungen weiter verfahren werden kann.
- Das abgegebene Versprechen einer Veranstaltung „Ein Jahr danach“ hilft, die Motivation und den Druck hochzuhalten, die Umsetzung tatsächlich genau zu verfolgen und zu dokumentieren.
- Was das „Überleben“ von Ergebnissen aus Beteiligungsprozessen nach Wahlen angeht, können wir feststellen: Im Fall des „Forum gegen Fakes“ war es förderlich, dass zum Zeitpunkt der Durchführung das Thema und der Prozess nicht im Fokus standen bzw. mit einer politischen Person verknüpft waren. So wurde das Thema von der zuständigen Verwaltung auch über den Regierungswechsel hinweg weiterverfolgt.

Aus Mangel an Kapazitäten einerseits und aufgrund einer unüberschaubaren Fülle an Initiativen, Aktivitäten und Maßnahmen seitens Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien war es leider nicht möglich, ein Monitoring sämtlicher Aktivitäten von Stakeholdern zu realisieren, obwohl dies sicherlich ebenfalls im Interesse der beteiligten Bürger:innen gewesen wäre.

Öffentliche Resonanz: Reichweite, Aufmerksamkeit und Kontroverse

Im Rahmen des Projekts „Forum gegen Fakes“ wurde gezielt auf Sichtbarkeit und Kommunikation gesetzt – unter anderem durch eine eigene Website, ein einheitliches Branding, Social-Media-Anzeigen und ein Widget in Online-Nachrichtenartikeln. Diese Maßnahmen trugen dazu bei, mehr als 420.000 Menschen für die Beteiligung zu gewinnen und bereits während des Prozesses eine gute Medienresonanz zu erzielen. Auch die Kooperation mit Partnerorganisationen wie dem Bundesinnenministerium erhöhte die öffentliche Sichtbarkeit des Projekts.

Einen weiteren Höhepunkt erreichte die Aufmerksamkeit mit der Übergabe des Bürgergutachtens an die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Mit der Veröffentlichung der konkreten Empfehlungen wurde greifbar, zu welchen Ergebnissen der Beteiligungsprozess geführt hatte. Dadurch rückten sowohl das Thema Desinformation als auch das Projekt, die beteiligten Organisationen und teilweise die Mitglieder des Bürgerrats noch einmal stärker in den öffentlichen Fokus.

Mit der gestiegenen Aufmerksamkeit veränderte sich zugleich die Tonalität der Berichterstattung und der Reaktionen in den sozialen Medien. Neben sachlicher Zustimmung und konstruktiver Kritik wurden insbesondere auf der Plattform X auch zugespitzte und ablehnende Kommentare verbreitet. Das „Forum gegen Fakes“ trendete dort zeitweise; auch bei Google Trends war in dieser Phase ein deutlicher Anstieg der Suchanfragen zum Begriff „Desinformation“ zu erkennen. Diese Resonanz zeigt, dass das Projekt und seine Empfehlungen eine breitere öffentliche Debatte erreicht hatten.

Dass diese Debatte auch kontrovers geführt wurde, ist bei konkreten politischen Empfehlungen grundsätzlich nicht ungewöhnlich – und bei einem polarisierten Thema wie Desinformation in besonderem Maße erwartbar. Während der Austausch auf der Teilnehmungsplattform überwiegend sachlich und konstruktiv verlief, boten die veröffentlichten Empfehlungen nun konkrete Bezugspunkte für Zustimmung, Kritik und Widerspruch. Spaltungsunternehmer griffen einzelne Forderungen teilweise verkürzt oder verzerrt auf und verknüpften sie mit Mutmaßungen über die beteiligten Organisationen.

Dabei zeigte sich auch die typische Dynamik sozialer Medien: Zugespitzte Beiträge können innerhalb kurzer Zeit hohe Aufmerksamkeit erzeugen, von reichweitenstarken Akteuren aufgegriffen werden und dadurch den Eindruck einer besonders breiten Empörungswelle vermitteln. Häufig ebbt diese Auf-

merksamkeit nach wenigen Tagen wieder ab. Für die Organisatoren besteht die Herausforderung darin, solche Dynamiken frühzeitig mitzudenken, sachliche Informationen bereitzustellen und insbesondere die beteiligten Bürger angemessen zu schützen.

Die Erfahrungen des „Forum gegen Fakes“ zeigen damit, dass eine breite öffentliche Resonanz immer auch kontroverse Reaktionen einschließen kann. Für die Gestaltung künftiger Teilnehmungsprozesse stellt sich deshalb nicht nur die Frage, wie hohe Reichweite erzielt werden kann. Ebenso wichtig ist, wie die Ergebnisse verständlich vermittelt, konstruktive Debatten unterstützt und mögliche Zuspitzungen kommunikativ begleitet werden können. Die Empfehlungen erfüllen dabei eine doppelte Funktion: Sie bringen die Perspektiven der Bürger in politische Entscheidungsprozesse ein und leisten zugleich einen sichtbaren Beitrag zum öffentlichen Diskurs.



Learnings

Ein hoher Grad an Konkretisierung von Empfehlungen birgt Risiken für ihre Wirkung im politischen und gesellschaftlichen Diskurs: Je präziser und stärker ausdifferenziert Empfehlungen formuliert sind, desto eher werden sie als politische Forderungen verstanden, die es möglichst wortgetreu umzusetzen gilt. Dies kann Abwehrreaktionen begünstigen und dazu führen, dass sich der weitere Umgang mit den Ergebnissen auf einen engen Abgleich zwischen Empfehlung und politischem Beschluss verengt, anstatt eine offene Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Zwischen der Funktion von Empfehlungen als Diskursbeitrag und als Input für politische Entscheidungsprozesse besteht ein Spannungsverhältnis: In einer pluralen Gesellschaft lassen sich vielfältige Perspektiven nur begrenzt in deckungsgleichen, konkreten Handlungsempfehlungen abbilden. Werden Empfehlungen zu stark als verbindliche Forderungen interpretiert, verlieren sie an Anschlussfähigkeit für den öffentlichen Diskurs und schränken zugleich die notwendige Flexibilität politischer Entscheidungsprozesse ein.

Eine stärkere Fokussierung auf Alltagsexpertise und offene Reflexionen kann die Anschlussfähigkeit von Beteiligungsergebnissen erhöhen: Statt abschließender, detaillierter Maßnahmenvorschläge kann es zielführend sein, stärker die von Bürger:innen wahrgenommenen Problemstellungen, Handlungsbedarfe und offenen Fragen in den Mittelpunkt zu stellen. Formate, die unterschiedliche Perspektiven, Zielkonflikte und mögliche Kompromisslinien sichtbar machen, eröffnen mehr Raum für gesellschaftliche Debatten und unterstützen politische Akteure dabei, bedarfsorientierte Lösungen zu entwickeln.

Denkanstoß

Online Debatten funktionieren anders

Kurzlebige Empörungsdynamiken in sozialen Medien sind kaum vermeidbar und sollten entsprechend eingeordnet werden: Zuspitzung und kurzfristige Empörung sind strukturelle Merkmale sozialer Medien und lassen sich auch im Kontext von Beteiligungsprozessen nur begrenzt steuern. Ihr Auftreten kann zugleich ein Hinweis darauf sein, dass ein Thema öffentliche Aufmerksamkeit erreicht und gesellschaftlich wahrgenommen wird.

Ein souveräner Umgang erfordert sowohl Resilienz als auch Schutzmechanismen: Beteiligte Akteure sollten sich von zugespitzten oder polarisierenden Reaktionen nicht verunsichern lassen. Gleichzeitig ist es notwendig, geeignete Vorkehrungen zum Schutz der beteiligten Bürger:innen zu treffen, um sie vor persönlichen Angriffen und Überforderung durch öffentliche Aufmerksamkeit zu bewahren.

Die kommunikative Einordnung von Beteiligungsergebnissen gewinnt dabei an Bedeutung: Gerade vor dem Hintergrund zugespitzter Debatten sollte klar vermittelt werden, dass die Empfehlungen eines Bürgerrats – insbesondere in Kombination mit breiten Beteiligungsformaten – auf Ausgleich, Kompromiss und Mehrheitsfähigkeit abzielen und unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven integrieren.

Zugleich ist eine klare Abgrenzung zu lautstarken Minderheitspositionen wichtig: In der öffentlichen Kommunikation sollte stärker hervorgehoben werden, dass besonders sichtbare und zugespitzte Stimmen in sozialen Medien häufig nicht repräsentativ für die Gesamtgesellschaft sind. Demgegenüber stehen Beteiligungsformate, die gezielt auf Vielfalt, Ausgewogenheit und deliberative Aushandlung ausgerichtet sind und dadurch eine eigene Form von Legitimität erzeugen.

4. Mehr als ein Modell: Integrierte Beteiligung als Lernprozess

Das „Forum gegen Fakes“ hat gezeigt, dass integrierte Beteiligung mehr ist als die bloße Addition zweier bestehender Formate. Die Verbindung aus deliberativem Bürgerrat, breiter Online-Beteiligung und aktiver Kommunikationsarbeit erzeugt neue Dynamiken: Die Rollen im Beteiligungsprozess verschieben sich, Erwartungen verändern sich, die Legitimation im politischen Prozess wird neu begründet. Online-Beteiligung und Bürgerrat verlieren im integrierten Modell einen Teil ihres bisherigen, klar abgegrenzten Charakters – und können gerade dadurch an Wirksamkeit gewinnen.

Zentral ist dabei das produktive Zusammenspiel der Formate. Der Bürgerrat profitiert sichtbar vom Input aus der Breite der Gesellschaft: Agenda-Setting, Feedback und Priorisierung von Ideen und Empfehlungen werden nicht mehr ausschließlich innerhalb eines geschlossenen Gremiums ausgehandelt, sondern speisen sich auch aus einer größeren Öffentlichkeit. Die Qualität deliberativer Ergebnisse wird dadurch jedoch nicht infrage gestellt, sondern vielmehr durch Impulse von außen kritisch hinterfragt und gestärkt. Gleichzeitig gewinnt die Online-Beteiligung an Substanz und Bedeutung, weil sie über das übliche Sammeln von Ideen und Meinungen hinausgeht, indem sie in einen vertieften Deliberationsprozess einfließt. Integrierte Beteiligung verstärkt damit die Stärken beider Formate – Tiefe und Breite greifen ineinander.

Die Integration hat jedoch einen Preis: Sie benötigt Sichtbarkeit und damit Ressourcen für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationskampagnen sowie klare Schutzmechanismen für die Beteiligten. Stärker als sonst steht der Bürgerrat im integrierten Modell im Licht der Öffentlichkeit. Das eröffnet Chancen für Identifikation, Transparenz, öffentlichen Diskurs und Akzeptanz, erhöht aber auch die Sichtbarkeit der teilnehmenden Bürger:innen und bietet damit potenziell eine Angriffsfläche. Ein zentrales Learning ist daher die Notwendigkeit, Bürgerrä-

te besser zu schützen – durch Wahlfreiheit in Fragen der öffentlichen Exposition, durch Vorbereitung auf mediale Aufmerksamkeit etwa durch Medientrainings und durch verlässliche Unterstützungsangebote bei Angriffen oder digitaler Hetze. Sichtbarkeit darf nicht zur Zumutung werden.

Ein weiterer zentraler Befund betrifft die Kommunikationsarbeit. Sie ist im integrierten Modell keine Begleitmaßnahme, sondern wird zur zentralen strukturellen Voraussetzung für Erfolg. Ohne gezielte und kontinuierliche Kommunikation und Ansprache einer großen Bandbreite an Zielgruppen kann eine Beteiligung „der gesamten Gesellschaft“ nicht stattfinden. Das integrierte Modell schafft aber auch neue Kommunikationsanlässe: Das niedrigschwellige Beteiligungsangebot ist anschlussfähig für viele Menschen, weil es einen einfachen und klaren Appell an alle Bürger:innen für öffentliche Meinungsbildung und demokratisches Engagement sendet: „Mach mit!“, „Deine Stimme ist gefragt!“, „Sei Teil des Diskurses!“. Die Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlich relevanten Thema kann auf diese Weise über verschiedene Kanäle in unterschiedliche Öffentlichkeiten hineinwirken und den Diskurs bereichern. Die Erfahrungen aus dem „Forum gegen Fakes“ zeigen, dass Medienpartnerschaften, die Zusammenarbeit mit Multiplikator:innen und ein laufendes Zielgruppenmonitoring dabei entscheidend sind – nicht nur zu Beginn, sondern als lernender Prozess über die gesamte Laufzeit hinweg. Die Ansprache vielfältiger Gruppen, über Stakeholder und den Kreis von üblichen Verdächtigen hinaus, bleibt eine fortwährende Herausforderung.

Eine hohe Reichweite und große Beteiligungszahlen allein sind jedoch kein Indikator für eine hohe Diskursqualität oder gar Wirkung. Für zukünftige Projekte stellt sich daher verstärkt die Frage, wie Diskursqualität und auch gesellschaftliche, individuelle und politische Wirkung eines solchen Vorhabens gemessen, bewertet und eingeordnet werden kann –

und welche Erwartungen realistisch sind. Integrierte Beteiligung kann Debatten anstoßen, strukturieren und vertiefen, sie ersetzt jedoch keine Auseinandersetzung mit dem Thema in der breiten (Medien-) Öffentlichkeit. Der öffentliche Diskurs kann aber stark profitieren, indem er hier ansetzt: Die gesellschaftlichen Perspektiven zu komplexen Themen wie Desinformation, das Aufzeigen von widersprüchlichen Positionen und möglichen Kompromisslinien lassen sich durch offene Online-Beteiligungsangebote oft besser erfassen als etwa durch klassische Umfragen.

In Bezug auf politische Wirkungen legen die Erfahrungen nahe, dass integrierte Beteiligung unter bestimmten Bedingungen mehr Wirkungsmacht entfalten kann – insbesondere dann, wenn politische Akteure frühzeitig eingebunden sind. Gleichzeitig zeigen sich Grenzen dessen, was von Beteiligung erwartet werden sollte: Statt detaillierter Forderungskataloge zu ausgewählten Aspekten des Themas könnte es möglicherweise für den nachfolgenden politischen Prozess hilfreicher sein, wenn Bürger:innen mit ihrer Alltagsexpertise die Problemanalyse schärfen (z.B. Warum genau ist Desinformation für mich und für die Gesellschaft ein Problem?) und wenn sie sich in wertebezogenen Fragen äußern (z.B. Wunsch nach Transparenz hinsichtlich KI-generierter Medieninhalte oder der Anliegen Hass im Netz wirksam zu bekämpfen). Voraussetzung für eine solche Fokussierung auf Werte, Bedarfe und Prioritäten ist eine entsprechend klare Fragestellung für den Beteiligungsprozess und eine transparente Kommunikation zum Nachfolgeprozess im Umgang der Politik bzw. der Verwaltung mit den Ergebnissen. Es muss für die Teilnehmenden wie auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein, ob und wie ihre Beiträge in politische Entscheidungsprozesse und Maßnahmen einfließen. Ohne diese Rückkopplung drohen Enttäuschung und Vertrauensverlust.

Vor diesem Hintergrund spricht vieles dafür, das integrierte Modell als wichtigen Entwicklungspfad zukünftiger Bürgerbeteiligung zu verstehen – nicht als universelle Lösung, sondern als besonders geeigneten Ansatz für komplexe, konfliktträchtige Themen. Zugleich wirft die Verbindung von öffentlicher Meinungsbildung und gezielter Bürgerbeteiligung grundlegende Fragen nach der Zukunft der Zufallsauswahl, nach einem neuen Verständnis von Diversität und Repräsentanz sowie nach der strukturellen Verankerung von Beteiligung in politischen und medialen Prozessen auf.

Für die künftige Weiterentwicklung von Beteiligungsverfahren stellen sich insbesondere folgende Fragen:

- Wie lässt sich gewährleisten, dass die Vielfalt der Gesellschaft in den Ergebnissen tatsächlich abgebildet wird und nicht nur besonders aktive oder privilegierte Gruppen dominieren?
- Wie können Empfehlungen so formuliert und kommuniziert werden, dass sie als Beitrag zum öffentlichen Diskurs wirken und nicht als starre politische Forderungen?
- Wie kann der Follow-up-Prozess transparent, verbindlich und zugleich praktikabel gestaltet werden, um Vertrauen in Beteiligung zu stärken?

Insgesamt zeigt sich: Das integrierte Modell nach dem Beispiel des „Forum gegen Fakes“ ist kein fertiges Endprodukt, sondern ein belastbarer Prototyp. Es verschiebt Perspektiven, erweitert Handlungsspielräume und stellt neue Fragen – und gerade darin liegt sein Potenzial für die Weiterentwicklung demokratischer Beteiligung.

Literatur

Baden-Württemberg Staatsministerium (2025). „Vertrauen in Demokratie in Baden-Württemberg hoch“. Pressemitteilung, 2.11.2025. <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/vertrauen-in-demokratie-in-baden-wuerttemberg-hoch> (Download 28.4.2026).

Bertelsmann Stiftung (2024). Forum gegen Fakes – Bürgergutachten zum Umgang mit Desinformation. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/forum-gegen-fakes-buergergutachten-zum-umgang-mit-desinformation> (Download 25.4.2026).

OECD (2024). Survey on Drivers of Trust in Public Institutions. Building Trust in a Complex Policy Environment. Paris. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/9a20554b-en> (Download 28.4.2026).

Unzicker, Kai (2023). *Disinformation: A Challenge for Democracy. Attitudes and Perceptions in Europe*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.



Ansprechpartner

Dr. Christian Huesmann

Senior Project Manager

Demokratie und Zusammenhalt

E-Mail: christian.huesmann@bertelsmann-stiftung.de

Telefon: +49 5241 81-81221



www.forum-gegen-fakes.de



www.bertelsmann-stiftung.de

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0